



**GASVERHANDLUNGEN MIT RUSSLAND
LOKALWAHLEN IN KIEW
HILFSKREDITE INTERNATIONALER ORGANISATIONEN
AKTUELLE WIRTSCHAFTSDATEN**

■ ANALYSE		
Der ukrainisch-russische Erdgaskonflikt 2014. Streitpunkte, Verhandlungen und Perspektiven für die Ukraine Von Heiko Pleines, Bremen		2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Daten zu Erdgasimporten und Erdgastransit		7
■ DOKUMENTATION		
Die Kiewer Lokalwahlen		10
Das Ergebnis der Kiewer Lokalwahlen vom 25. Mai 2014		11
■ DOKUMENTATION		
Hilfskredite internationaler Organisationen im Überblick		12
Presseerklärungen zu den Krediten		13
■ STATISTIK		
Aktuelle Wirtschaftsdaten		20
■ CHRONIK		
26. Mai – 8. Juni 2014		24
■ LESETIPP		
Weitere Länder-Analysen zur Ukraine-Krise		28



Der ukrainisch-russische Erdgaskonflikt 2014.

Streitpunkte, Verhandlungen und Perspektiven für die Ukraine¹

Von Heiko Pleines, Bremen

Zusammenfassung

Russland ist der wichtigste Erdgaslieferant sowohl Deutschlands als auch der EU. Die Ukraine wiederum ist das wichtigste Transitland für die russischen Lieferungen. Die Drohung des staatlichen russischen Erdgaskonzerns Gazprom im Zuge des aktuellen russisch-ukrainischen Konfliktes die Lieferungen in die Ukraine einzustellen, betrifft deshalb sowohl die Ukraine als auch die EU. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die aktuellen Streitpunkte und den Verlauf der Verhandlungen sowie eine Einschätzung der Perspektiven für die Ukraine als Transitland und als Endverbraucher von Erdgas.

Einleitung

Da in der Sowjetunion auf Grundlage der eigenen Produktion eine zentral koordinierte Erdgasversorgung zu extrem niedrigen Preisen erfolgte, führte der Übergang zum kommerziellen Erdgashandel zwischen den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu erheblichen Konflikten. Die Ukraine hat so mit Russland mehrfach Erdgaskonflikte ausgefochten, die zu russischen Lieferstopps in die Ukraine geführt haben. Da die Ukraine auf eine Einstellung der russischen Lieferungen – sowohl wegen Entnahmen für den eigenen Bedarf als auch wegen des Fehlens technischen Gases für den Betrieb des Leitungsnetzes – mit einer Reduzierung des Transits in die EU reagierte, kam es 2006 und 2009 zu einer vorübergehenden Einstellung der russischen Lieferungen in die EU.

Diese Bedeutung als Transitland hat die Ukraine regelmäßig ausgenutzt, um Russland zu Zugeständnissen zu zwingen. So kam es in der Vergangenheit zu illegalen Entnahmen aus Transitpipelines und zu einseitigen Zahlungsaussetzungen, in deren Folge die Ukraine Milliardenschulden für russische Erdgaslieferungen anhäufte.

Die russische Motivation für eine Eskalation der Erdgaskonflikte ist dabei regelmäßig eine zweifache. Einerseits versucht Gazprom schon seit einigen Jahren sein wirtschaftliches Ergebnis durch höhere Preise für Erdgaslieferungen in die GUS zu verbessern. Trotz eines deutlichen Rückgangs der Liefermenge hatte die Ukraine 2013 immer noch einen Anteil von über 10 % an Gazproms gesamten Erdgasexporten. Die Ukraine gehört damit zu den vier größten Importeuren russischen Erdgases, hinter Deutschland und etwa gleichauf mit Italien und der Türkei (siehe Tabelle 1 im unten folgenden Datenanhang). Andererseits hat die politische Führung Russlands die Abhängigkeit der Ukraine von russischen Erdgaslieferungen regelmäßig genutzt, um

dieser angesichts ihrer Westorientierung die Abhängigkeit von Russland zu demonstrieren.

Während dem alten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch nach seiner Ablehnung des Assoziierungsabkommens mit der EU zum Jahresende 2013 von Russland noch ein Rabatt auf den Erdgaspreis gewährt wurde, fordert Russland nach der Absetzung Janukowitschs im Frühjahr 2014 von der Ukraine einen deutlich erhöhten Preis und eine umgehende Begleichung aufgelaufener Schulden für Erdgaslieferungen. Gleichzeitig wurden europäische Regierungen von Russland informiert, dass der Konflikt mit der Ukraine auch Auswirkungen auf die russischen Erdgaslieferungen in die EU haben könnte.

Der aktuelle Vertrag

Der derzeit gültige russisch-ukrainische Erdgasvertrag wurde nach dem bisher schärfsten Konflikt im Januar 2009 zwischen Gazprom und dem staatlichen ukrainischen Energiekonzern Naftohaz Ukrainy unterzeichnet. Auf ukrainischer Seite war die damalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko für die Aushandlung des Vertrages verantwortlich. Als sie 2010 die Präsidentschaftswahl gegen Viktor Janukowitsch verlor, war der Vorwurf der Kompetenzüberschreitung beim Vertragsabschluss Anlass für das erste in einer Reihe manipulierter Gerichtsverfahren, die zur langjährigen Inhaftierung Timoschenkos führten.

Die inhaltlichen Regelungen des Erdgasvertrages wurden bereits 2009 in der Ukraine stark kritisiert. Obwohl Gazprom seine Lieferverträge als Geschäftsgeheimnis behandelt, gelangte der Originalvertrag in der Ukraine an die Öffentlichkeit und wurde von der Ukrainiska Pravda im Internet veröffentlicht.

Der Erdgasvertrag mit einer Laufzeit bis 2019 orientiert sich an den Lieferverträgen Gazproms mit Energiekonzernen in der EU. Der Erdgaspreis wird über eine Formel an die Entwicklung des Preises für Erdölprodukte gekoppelt. Aufgrund eines hohen Basispreises wurde aber erwartet, dass die Ukraine für russische

¹ Für die vereinfachte Lesbarkeit sind alle Zahlenangaben im Text gerundet. Einfach Beträge werden ohne Stelle hinter dem Komma angegeben, Milliardenbeträge mit einer Stelle hinter dem Komma.

Erdgaslieferungen mehr bezahlen werde als der europäische Durchschnitt.

Gleichzeitig enthält der Vertrag eine bei Gazproms Lieferverträgen grundsätzlich übliche »Take-or-Pay«-Klausel, die die Ukraine zur Bezahlung von mindestens 80 % der vertraglich festgelegten Liefermenge von 52 Mrd. m³ verpflichtet, auch wenn diese tatsächlich nicht benötigt wird. Dabei verbietet der Vertrag der Ukraine den Weiterverkauf des gelieferten Gases außerhalb der Ukraine.

Zusätzlich wird auch der Erdgastransit durch die Ukraine im Vertrag geregelt. Die in Abhängigkeit von der Transitmenge festgesetzte Transitgebühr wurde in der ukrainischen Öffentlichkeit nach Vertragsabschluss als zu niedrig kritisiert, da im Vertrag der Lieferpreis deutlich stärker erhöht worden war als die Transitgebühr. Gleichzeitig legt der Vertrag fest, dass die Ukraine auch im Konfliktfall den Transit nicht aussetzen darf, während Gazprom bei einem ukrainischen Zahlungsverzug das Recht auf einen Lieferstopp hat.

Im ersten Jahr, in dem der neue Erdgasvertrag voll greifen sollte, wurde Viktor Janukowitsch zum Präsidenten der Ukraine gewählt. In durchaus konflikthafter Auseinandersetzungen mit Russland gelang es ihm de facto die vollständige Umsetzung zentraler Vertragsbestimmungen zu vermeiden.

Erstens wurde bereits im April 2010 in der »Charkiwier Vereinbarung« im Gegenzug für eine Verlängerung des russischen Nutzungsvertrages für die militärischen Anlagen der Schwarzmeerflotte auf der Krim der Ukraine ein Preisnachlass von 100 US-Dollar pro 1.000 m³ auf den Lieferpreis für russisches Erdgas gewährt. Dieser Preisnachlass wurde finanziert über den Verzicht des russischen Staates auf Exportzölle, so dass er die Einnahmen von Gazprom nicht betraf.

Außerdem wurde die »Take-or-Pay«-Klausel ignoriert, weshalb die Ukraine unter Janukowitsch durch eine Reduzierung der Importe die Zahlungen an Russland deutlich verringern konnte. Während der Vertrag die jährliche Abnahme von mindestens 42 Mrd. m³ Erdgas vorsieht, reduzierte die Ukraine ihre tatsächlichen direkten Importe aus Russland von 45 Mrd. m³ im Jahre 2011 auf nur noch 28 Mrd. m³ im Jahre 2013 (siehe auch Grafik 2 im unten folgenden Datenanhang). Gleichzeitig verzichtete Gazprom trotz ukrainischer Schulden, die sich zum Jahresende 2013 nach russischen Angaben auf 2,7 Mrd. US-Dollar beliefen, auf den Übergang zu Vorauszahlungen.

Am 17. Dezember 2013 erklärte die russische Regierung im Kontext von Hilfszusagen nach der ukrainischen Absage des Assoziierungsabkommens mit der EU, dass der Erdgaspreis für die Ukraine ab dem Folgejahr mit quartalsweisen Überprüfungen um ein Drittel reduziert würde, was für das Jahr 2014 einen Preis von 269

US-Dollar pro 1.000 m³ bedeuten würde. Gleichzeitig erhielt die Ukraine eine russische Kreditzusage über 15 Mrd. US-Dollar. Von diesem Kredit wurden 3 Mrd. US-Dollar direkt ausgezahlt und ermöglichten u. a. die Begleichung eines Teils der Erdgasschulden.

Die Streitpunkte

Die aktuellen Streitpunkte im Erdgaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine beziehen sich zum einen auf den Lieferpreis und zum anderen auf die ukrainischen Schulden.

Auf die Absetzung Janukowitschs durch das ukrainische Parlament im Februar 2014 reagierte Russland schnell mit der Rücknahme der Kreditzusage und der Aufkündigung des Preisnachlasses zum Ende des ersten Quartals. Damit ergab sich ausgehend von der Preisformel des Liefervertrages für die Ukraine ein Importpreis für Erdgas von 386 US-Dollar pro 1.000 m³, was ungefähr dem europäischen Preisniveau entsprach. Nach der Annexion der Krim kündigte Russland Anfang April dann einseitig mit sofortiger Wirkung die Charkiwier Vereinbarung über die Nutzung der militärischen Anlagen der Schwarzmeerflotte, wodurch sich der geforderte Lieferpreis auf 486 US-Dollar pro 1.000 m³ erhöhte. Einen Überblick über die russischen Erdgaspreise für die Ukraine gibt Grafik 1 im unten folgenden Datenanhang.

Parallel zu den steigenden Preisforderungen erhöhte Russland auch den Druck in der Schuldenfrage. Russland erklärte ursprünglich, falls die Ukraine ihre Altschulden in Höhe von 2,2 Mrd. US-Dollar (Stand Anfang April 2014) bis Anfang Mai nicht begleiche, werde umgehend der im Vertrag vorgesehene Übergang zur Vorauszahlung erfolgen. Außerdem erklärte Gazprom, dass sich aus der »Take-or-Pay«-Klausel zusätzliche Forderungen in Höhe von insgesamt 18,6 Mrd. US-Dollar für 2012 und 2013 ergäben. Russlands Präsident Vladimir Putin sprach in einem Brief an europäische Regierungen von Preisnachlässen im Wert von 17 Mrd. US-Dollar und Forderungen aus der »Take-or-Pay«-Klausel in Höhe von 18,4 Mrd. US-Dollar. 18,4 Mrd. US-Dollar entsprechen 10 % des ukrainischen BIP.

Die Ukraine wiederum erklärte, dass sie für russische Erdgaslieferungen erst wieder bezahlen werde, wenn eine Einigung über den Lieferpreis erreicht sei. Dabei wurde vorrangig der Preis von 269 US-Dollar als Bezugspunkt genannt. Gleichzeitig wies die Ukraine daraufhin, dass sich Russland mit der Annexion der Krim ukrainisches Staatseigentum angeeignet habe, darunter auch Aktiva in der Erdgaswirtschaft, deren Wert deutlich über den ukrainischen Erdgasschulden liege.

In dieser Situation begann Anfang Mai eine Reihe von trilateralen Verhandlungen zwischen Russland, der Ukraine und der EU zur Beilegung des Erdgaskonfliktes.

Die laufenden Verhandlungen

Das erste Treffen von Vertretern Russlands, der Ukraine und der EU, das direkt dem Erdgaskonflikt gewidmet war, fand am 2. Mai 2014 in Warschau statt. Am 13. Mai trafen sich Vertreter der EU in Brüssel mit der ukrainischen Seite, am 19. Mai in Berlin mit der russischen Seite. Am 16. Mai hatten sich bereits die Vorstandsvorsitzenden von Gazprom und Naftohaz Ukrainy in Amsterdam getroffen. Am 26. und 30. Mai in Berlin sowie am 2. Juni in Brüssel folgten trilaterale Treffen auf Ministerebene. In Berlin trafen sich am 4. Juni abermals die Vorstandsvorsitzenden von Gazprom und Naftohaz Ukrainy zu mehrtägigen Verhandlungen. Parallel zum Verhandlungsprozess fand ein öffentlicher Briefwechsel zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem Präsidenten der EU-Kommission José Barroso statt. Ab dem 9. Juni folgte in Brüssel eine neue Verhandlungsrunde der Energieminister und Unternehmensleiter.

Ein erster Erfolg der Verhandlungen war, dass die Eskalation des Konfliktes verzögert wurde. Gazprom verschob so mehrfach die Frist für die Begleichung der ukrainischen Schulden und den Übergang zu Vorauszahlungen. Die russischen Erdgaslieferungen sowohl in als auch durch die Ukraine erfolgten in vollem Umfang, obwohl die Ukraine ihre Zahlungen ab März komplett eingestellt hatte. Erst Ende Mai überwies die Ukraine knapp 0,8 Mrd. US-Dollar an Gazprom, während die russische Seite die Schulden bis Ende März, d. h. bis zur Rücknahme des vergünstigten Preises von 269 US-Dollar pro 1.000 m³, auf insgesamt 2,2 Mrd. US-Dollar bezifferte.

Gleichzeitig wurden bei den Verhandlungen Grundlagen für einen möglichen Kompromiss gesucht. Die EU versuchte dabei, die Diskussion auf den Erdgasvertrag zu beschränken und unterstützte dementsprechend nicht die ukrainische Gegenrechnung der auf der Krim verlorenen Aktiva. Die Ukraine wurde nachdrücklich zur Begleichung der bis Ende März 2014 aufgelaufenen Erdgasschulden gedrängt und erhielt dafür über Hilfskredite internationaler Organisationen auch die entsprechenden Mittel.

Gegenüber Russland wurde auf das in Europa übliche Preisniveau von aktuell knapp 400 US-Dollar verwiesen. EU-Energiekommissar Günther Oettinger verknüpfte die Ukraine Krise auch explizit mit Genehmigungen für den Bau der von Russland geplanten Export-Pipeline »South Stream«, die von 2015 bis 2018 schrittweise den Betrieb aufnehmen soll, um russische Lieferungen durch das Schwarze Meer direkt auf den Balkan und weiter nach Mitteleuropa zu ermöglichen. Aus Sicht der EU-Kommission sind die entsprechenden Pipeline-Verträge nicht im Einklang mit EU-Recht. Die bulgarische Regierung erklärte am 9. Juni

2014 alle Arbeiten an der Pipeline gestoppt zu haben und den Bau erst mit Zustimmung der EU-Kommission wieder aufzunehmen. Die EU-Kommission wiederum erklärte, über die South Stream-Pipeline erst wieder nach einer Lösung des ukrainischen Erdgaskonfliktes zu verhandeln.

Im Hintergrund steht darüber hinaus Druck der EU auf Gazprom über ein laufendes Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht. Der deutsche Energiekonzern RWE hat bereits vor einem internationalen Schiedsgericht Milliardenrückzahlungen für überhöhte Preise in Gazproms Lieferverträgen erstritten.

Als Grundlage für einen konkreten Kompromiss, über den seit dem 2. Juni verhandelt wird, bezeichnete Oettinger einen Preis von 350 bis 380 US-Dollar pro 1.000 m³ als angemessen, da er dem europäischen Preisniveau entspreche. Die Ukraine hatte wiederholt betont, nach einer Einigung über den Lieferpreis umgehend alle Schulden zu bezahlen. Die Hoffnung scheint zu sein, dass Russland dann erneut auf die Einhaltung der »Take-or-Pay«-Klausel verzichtet, um die Lieferungen in die EU nicht zu gefährden.

Dieser Kompromiss ist aber nicht garantiert. Russland hat angekündigt im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen sofort Vorauszahlungen zu verlangen, was de facto wohl einen Lieferstopp für die Ukraine bedeuten würde. Sowohl die Ukraine als auch Russland haben für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen mit der Anrufung des Stockholmer Schiedsgerichts gedroht. Dieses ist im Vertrag als Konfliktregulierungsinstanz vorgesehen.

Die Ergebnisse der aktuellen Verhandlungen sind deshalb derzeit noch nicht absehbar. Zentral ist dabei aber nicht nur die kurzfristige Verhinderung eines Lieferstopps durch eine Einigung über Altschulden und aktuelle Lieferpreise, sondern auch die Entwicklung einer langfristig tragfähigen Lösung, die vor allem auch die Liefermengen unter Verzicht auf die »Take-or-Pay«-Klausel festlegen muss.

Unabhängig vom Ausgang der aktuellen Verhandlungen zeichnen sich längerfristig zwei sich gegenseitig verstärkende Trends ab. Russland reduziert seine Abhängigkeit von ukrainischen Transitpipelines und die Ukraine reduziert ihre Abhängigkeit von Erdgasimporten aus Russland.

Perspektiven der Ukraine als Transitland

Die alle noch aus der Zeit der Sowjetunion stammenden Exportpipelines durch die Ukraine haben eine Gesamtkapazität von gut 175 Mrd. m³. Bis 1999 liefen dabei alle russischen Erdgasexporte durch die Ukraine – mit Ausnahme der direkten Lieferungen in andere Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sowie nach

Finnland. Mit der Inbetriebnahme der Jamal-Pipeline durch Belarus nach Polen im Jahre 1999 und der Blue Stream-Pipeline durch das Schwarze Meer in die Türkei im Jahre 2003 wurde das Transitmonopol der Ukraine für Lieferungen nach West- und Südeuropa beendet. Der Anteil der Ukraine an den Transitzkapazitäten für russische Erdgasexporte jenseits der ehemaligen Sowjetunion lag aber immer noch bei 70 %.

Nach der Fertigstellung der Nord Stream-Pipeline von Russland durch die Ostsee nach Deutschland sank er 2013 allerdings auf 59 %. Sollte die South Stream-Pipeline wie geplant den Betrieb aufnehmen, dann würde der ukrainische Anteil an den Transitzkapazitäten in den nächsten Jahren auf 48 % sinken. Einen Überblick über die Transitzkapazitäten für russische Erdgasexporte gibt Tabelle 3 im unten folgenden Datenanhang.

Entscheidend für die Rolle der Ukraine als Transitland ist aber, dass der Ausbau der russischen Exportpipelines nicht mit einer entsprechenden Ausweitung der russischen Exporte einhergeht. Derzeit betragen die jährlichen Exporte Gazproms in die EU etwa 150 Mrd. m³. Das bedeutet, dass sowohl allein die ukrainischen Transitzpipelines (mit einer Kapazität von 175 Mrd m³), als auch die Umgehungspipelines um die Ukraine inklusive der South Stream-Pipeline (187 Mrd m³) alleine für die russischen Erdgasexporte ausreichen.

Dementsprechend macht Gazprom mit dem Bau neuer Pipelines die Transitzpipelines durch die Ukraine weitgehend überflüssig. In den letzten beiden Jahren lag der Transit russischen Erdgases durch die Ukraine bei etwa 85 Mrd. m³. Die Transitzkapazitäten der Ukraine wurden damit gerade einmal knapp zur Hälfte genutzt. Die derzeit durch die Ukraine mit russischem Erdgas belieferten Länder werden weitestgehend über die geplante South Stream-Pipeline beliefert werden können. Die für 2018 geplante vollständige Fertigstellung der Pipeline könnte damit aus russischer Sicht für die Ukraine das Ende der Rolle als Transitland bedeuten. Einen Überblick über die Zielländer der russischen Erdgaslieferungen durch die Ukraine gibt Tabelle 2 im unten folgenden Datenanhang.

Die Liberalisierung des Erdgasmarktes in der EU könnte Russland allerdings einen Strich durch die Rechnung machen. Genau wie bei Telekommunikation und Strom will die EU auch bei Erdgas allen Anbietern gleiche Zugangsrechte zum Leitungsnetz gewähren. Das würde bedeuten, dass Gazprom seine Exportpipelines nicht alleine nutzen kann, sondern auch anderen Erdgasproduzenten Zugang gewähren muss. Die zusätzliche Nachfrage durch andere Produzenten könnte auch Transitzpipelines durch die Ukraine einbeziehen. Derzeit ist auch noch nicht auszuschließen, dass der Konflikt mit der EU den vollständigen Ausbau der South

Stream-Pipeline verhindert oder zumindest verzögert, was die Rolle der Ukraine als Transitland ebenfalls stärken würde. Die großen Erdgasspeicher in der Ukraine mit einer Gesamtkapazität von gut 30 Mrd. m³ können aus Sicht der EU einen Beitrag zur europäischen Energiesicherheit bieten. Ihre Nutzung, z. B. auch direkt organisiert und finanziert durch europäische Abnehmer, würde entsprechende Transitzpipelines erforderlich machen.

Wenn die Ukraine längerfristig ein Transitland bleiben will, muss sie allerdings erhebliche Summen in die Modernisierung der veralteten Erdgaspipelines investieren. Der ukrainische Energieminister schätzt den dringenden Finanzbedarf allein für eine erste Phase der Instandhaltung auf bis zu 4 Mrd. US-Dollar.

Perspektiven der Ukraine als Konsument

Selbst wenn es der Ukraine gelingen sollte, weiterhin ein wichtiges Transitland für russische Erdgasexporte zu bleiben, will die Ukraine auch aus politischen Gründen ihre Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen reduzieren.

Mit dem nachhaltigen wirtschaftlichen Einbruch in Folge der globalen Finanzkrise von 2008 ist der jährliche Erdgasverbrauch der Ukraine von 71 Mrd. m³ (2007) auf 50 Mrd. m³ (2013) gesunken. Durch die neu verstärkte Wirtschaftskrise sowie einfache Sparmaßnahmen dürfte der Jahresbedarf 2014 etwas niedriger liegen als im Vorjahr. Es ist dabei nicht absehbar, wie der Konflikt in der Ostukraine Produktion und Verbrauch von Erdgas längerfristig beeinflussen wird. Ausgehend von aktuellen Zahlen ist zu erwarten, dass die Ukraine ihren Verbrauch zu knapp der Hälfte über Eigenproduktion decken kann, so dass nur rund 25 Mrd. m³ Erdgas importiert werden müssen.

Bereits unter Janukowitsch begann die Ukraine durch eine Umkehrung der Fließrichtung kleinerer Transitzpipelines Erdgas aus der EU zu importieren. 2013 wurden so 2,1 Mrd. m³ und damit knapp 8 % der gesamten Erdgasimporte aus Westeuropa bezogen. Mit dem deutschen Energiekonzern RWE hat die Ukraine bereits im November 2012 einen Rahmenvertrag über Lieferungen von jährlich bis zu 10 Mrd. m³ geschlossen, der aber an das Vorhandensein entsprechender Liefermöglichkeiten gebunden ist. Die Lieferungen durch Ungarn sind bisher nur von symbolischem Ausmaß und Rumänien hat erklärt, frühestens 2016 Lieferungen in die Ukraine ermöglichen zu können. Durch Polen können derzeit 1,5 Mrd. m³ Erdgas in die Ukraine exportiert werden. Mit der Slowakei einigte sich die ukrainische Regierung auf die Inbetriebnahme einer stillgelegten Pipeline mit einer Kapazität von 3 Mrd. m³. Die Ukraine hofft hier auf Kapazitäten von bis zu 10 Mrd. m³. Sollte dies gelingen, könnte die Ukraine

fast die Hälfte ihrer Erdgasimporte aus der EU beziehen. In Kombination mit den eigenen Erdgasspeichern, deren Volume in etwa dem Gesamtimport eines Jahres entspricht, wäre die Ukraine damit deutlich weniger anfällig für russische Lieferstopps.

Während die politische Problematik der Abhängigkeit von russischem Erdgas damit entschärft wäre, wird die wirtschaftliche Problematik komplett ignoriert. Die Ukraine ist offensichtlich unter den derzeitigen Bedingungen nicht in der Lage, ihren Eigenbedarf an Erdgas nachhaltig zu finanzieren, weder zu russischen noch zu europäischen Preisen. Die Ukraine hat für ihre Erdgasimporte seit 2011 pro Jahr 12 bis 14 Mrd. US-Dollar bezahlt. Ein großer Teil dieser Kosten ist aufgrund von Subventionen für private Haushalte (Gasversorgung und Fernwärme) beim Staatshaushalt angefallen. Da die Preise für Erdgasimporte in US-Dollar bezahlt werden, während ukrainische Verbraucher in der einheimischen Währung bezahlen, bedeutet der Wertverlust der Griwna gegenüber dem US-Dollar, der seit Jahresbeginn fast 50 % beträgt, eine erhebliche Zusatzbelastung für den Staatshaushalt.

Energiesparmaßnahmen, die Förderung alternativer Energiequellen, die Modernisierung der Leitungsnetze, die Verbesserung der Regulierung des Energiesektors und die soziale Abfederung der Erhöhung der Energiepreise für die Bevölkerung bedeuten einen umfangreichen Reformbedarf.

Resümee

Die große Aufmerksamkeit, die der Erdgaskonflikt erhält, ist erst einmal im strategischen Interesse Russlands. Die EU wird an ihre Abhängigkeit von Russland erinnert. Die regelmäßigen Verhandlungsrunden reduzieren das Risiko von Sanktionen, welche nicht zu »konstruktiven Gesprächen« passen und nach der Annexion der Krim und Vorwürfen bezüglich einer Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine kann sich Russland bei der Erdgasfrage erstmals wieder als vertragstreuer und kompromissbereiter Verhandlungspartner präsentieren.

Über den Autor

PD Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Lesetipps

- Simon Pirani u. a.: What the Ukraine gas crisis means for gas markets, Oxford Energy Comment March 2014, im Internet abrufbar unter <<http://www.oxfordenergy.org/2014/03/what-the-ukrainian-crisis-means-for-gas-markets/>>
- Eine umfangreiche Analyse des aktuell gültigen russisch-ukrainischen Erdgasvertrags findet sich in der Ukraine-Analyse Nr. 50 (2009), <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen50.pdf>>
- Monatliche Kurzmeldungen zu Gazprom liefert der englischsprachige EGF Gazprom Monitor unter <<http://gpf-europe.com/egf-files/russia/>>

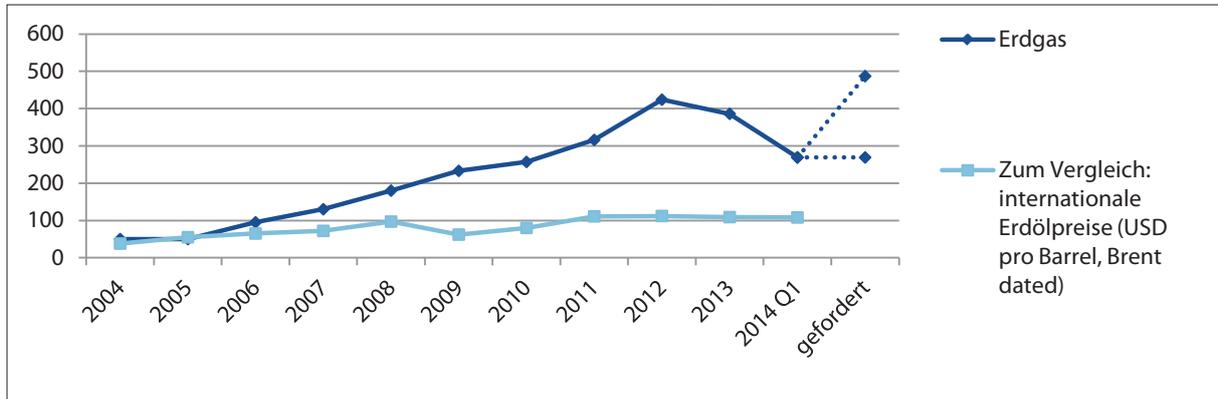
Die neuen Wettbewerbsregeln der EU für den Energiemarkt sowie die steigende Bedeutung alternativer Bezugsquellen für Erdgas, vor allem über Flüssiggas, perspektivisch in einigen europäischen Ländern auch über Schiefergas, stellen die bisherigen langfristigen Lieferverträge Gazproms mit Ölpreisbindung und »Take-or-Pay«-Klausel grundsätzlich in Frage. Dadurch, dass Gazprom derzeit mit fast allen europäischen Vertragspartnern die Lieferbedingungen neu verhandelt, sollte Kompromissbereitschaft im ukrainischen Fall leichter fallen. Wenn Gazprom gegenüber der EU – als auch in Zukunft mit Abstand wichtigstem Abnehmer – die traditionell pragmatische Ausrichtung der Lieferbeziehungen beibehalten will, wird für die Gestaltung von Lieferverträgen ein neuer Konsens gefunden werden müssen.

Selbst ein vorteilhafter Kompromiss stellt die stark angeschlagenen ukrainischen Staatsfinanzen aber vor große Herausforderungen. Die Ukraine wird auf jeden Fall Erdgasschulden in Milliardenhöhe bezahlen müssen. Aufgrund internationaler Hilfskredite – vor allem des Internationalen Währungsfonds (IWF) – ist dies möglich. Die Kredite müssen aber später zurückgezahlt werden. Gleichzeitig sieht das Abkommen mit dem IWF deutliche Preiserhöhungen für private Erdgasverbraucher vor, die auch erhebliche soziale Konsequenzen haben. Für eine nachhaltige Entwicklung muss die Ukraine deshalb ihre Energiewirtschaft tiefgreifend reformieren.

Die russische Aufrechnung der Subventionen in zweistelliger Milliardenhöhe, die die Ukraine unter Präsident Janukowitsch allein im Erdgashandel erhalten habe, zeigt gleichzeitig die finanzielle Dimension der Integrationskonkurrenz zwischen Russland und der EU in der Region. Durch ein Bestehen auf dem bis 2019 gültigen Erdgasvertrag könnte Russland – wahrscheinlich selbst nach Korrekturen durch ein internationales Schiedsgericht – die aktuelle Finanzkrise der Ukraine dramatisch verschärfen. Wenn die Orientierung der Ukraine hin zur EU ein Erfolgsmodell werden soll, muss die EU auch hier eine Antwort finden.

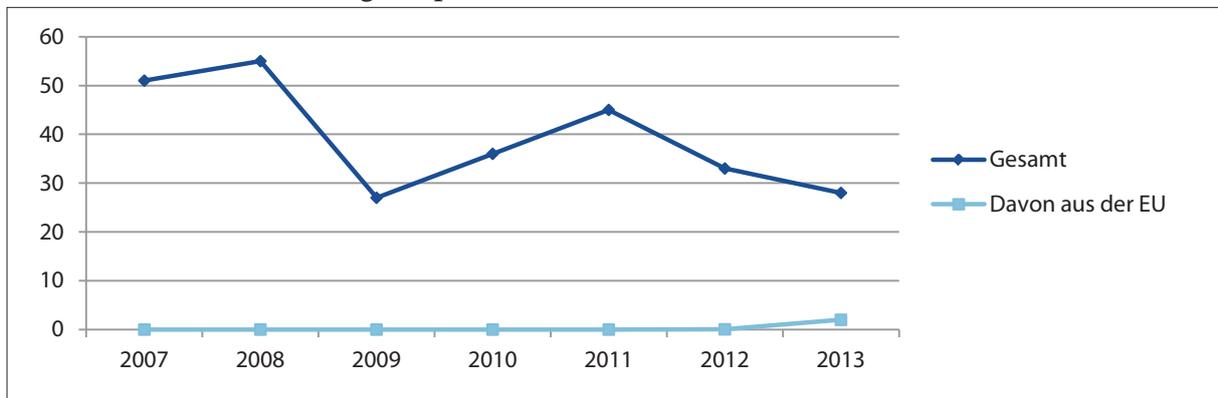
Daten zu Erdgasimporten und Erdgastransit

Grafik 1: Ukrainische Importpreise für russisches Erdgas 2004–2014 (US\$/Tsd. m³)



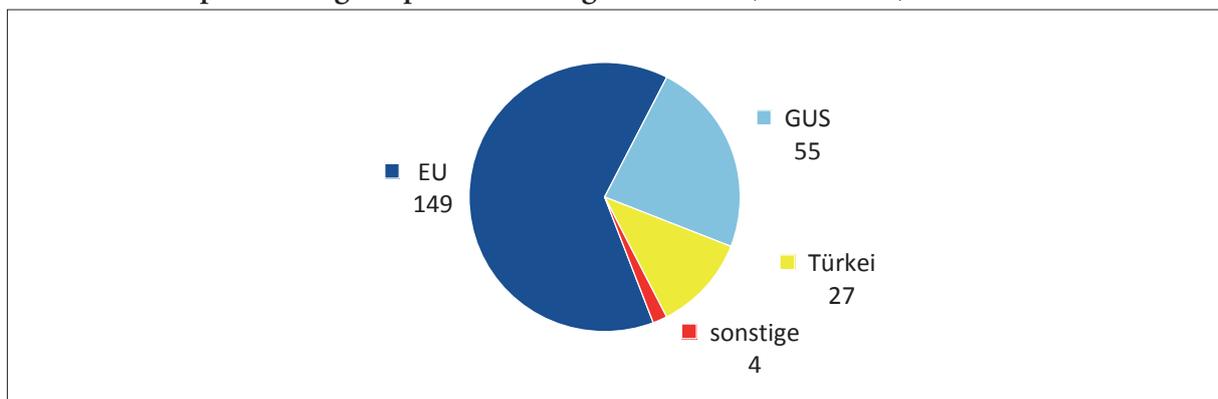
Quellen: Simon Pirani u. a.: *What the Ukraine gas crisis means for gas markets*, Oxford Energy Comment March 2014, <<http://www.oxfordenergy.org/2014/03/what-the-ukrainian-crisis-means-for-gas-markets/>>; BP Statistical Review of World Energy 2013 Workbook, <http://www.bp.com/content/dam/bp/excel/Statistical-Review/statistical_review_of_world_energy_2013_workbook.xlsx>; Ukraine-Analyse Nr. 50 (2009), <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen50.pdf>>

Grafik 2: Ukrainische Erdgasimporte 2007–2013 (in Mrd. m³)



Quelle: Simon Pirani u. a.: *What the Ukraine gas crisis means for gas markets*, Oxford Energy Comment March 2014, <<http://www.oxfordenergy.org/2014/03/what-the-ukrainian-crisis-means-for-gas-markets/>>

Grafik 3: Gazproms Erdgasexporte nach Regionen 2013 (in Mrd. m³)



Quelle: eigene Berechnungen nach Gazprom Jahresbericht 2013, <<http://www.gazprom.com/investors/reports/2013/>>

Tabelle 1: Gazproms Erdgasexporte nach Ländern 2013 (in Mrd. m³)

Deutschland	41,0
Türkei	26,7
Ukraine	25,8
Italien	25,3
Belarus	19,8
Großbritannien	16,6
Polen	12,9
Frankreich	8,6
Tschechien	7,9
Ungarn	6,0
Slowakei	5,5
Österreich	5,2
Kasachstan	4,7
Baltikum	4,5
Finnland	3,5
Niederlande	2,9
Westbalkan	2,9
Bulgarien	2,9
Griechenland	2,6
Moldawien	2,4
Armenien	1,7
Rumänien	1,4
sonstige	2,9
<i>Exporte insgesamt</i>	<i>233,7</i>

Quelle: Gazprom Jahresbericht 2013, <<http://www.gazprom.com/investors/reports/2013/>>

Tabelle 2: Russische Transitlieferungen von Erdgas durch die Ukraine nach Zielländern 2013 (in Mrd. m³)

Italien	25
Türkei	13
Deutschland	12
Tschechien	8
Ungarn	6
Slowakei	5
Österreich	5
Frankreich	3
Bulgarien	3
Griechenland	3
sonstige	3
<i>insgesamt</i>	<i>86</i>

Quelle: Simon Pirani u. a.: *What the Ukraine gas crisis means for gas markets*, Oxford Energy Comment March 2014, <<http://www.oxfordenergy.org/2014/03/what-the-ukrainian-crisis-means-for-gas-markets/>>

Tabelle 3: Kapazitäten russischer Exportpipelines jenseits des Gebiets der ehemaligen Sowjetunion

Pipeline	Verlauf	Kapazität 2010	Kapazität 2014	Kapazität 2018 (geplant)
Bruderschaft/ Union (sowjetisches Netz)	Russland – Ukraine – Mitteleuropa	130 Mrd. m ³	130 Mrd. m ³	130 Mrd. m ³
Polarlicht (sowjetisches Netz)	Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa	25 Mrd. m ³	25 Mrd. m ³	25 Mrd. m ³
Transbalkan (sowjetisches Netz)	Russland – Ukraine – Balkan	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³
Finland Connector (sowjetisches Netz, 1999 erweitert)	Russland – Finnland	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³
Jamal (seit 1999)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	33 Mrd. m ³	33 Mrd. m ³	33 Mrd. m ³
Blue Stream (seit 2003)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16 Mrd. m ³	16 Mrd. m ³	16 Mrd. m ³
Nord Stream (seit 2012)	Russland – Ostsee – Deutschland	-	55 Mrd. m ³	55 Mrd. m ³
South Stream (geplant für 2018)	Russland – Schwarzes Meer – Balkan – Mitteleuropa	-	-	63 Mrd. m ³
gesamt		244 Mrd. m³	299 Mrd. m³	362 Mrd. m³

Quelle: eigene Zusammenstellung, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen; siehe auch: Andreas Heinrich: Introduction. Export Pipelines in Eurasia, in: Andreas Heinrich / Heiko Pleines (Hg.): Export Pipelines From the CIS Region, Stuttgart, ibidem-Verlag 2014, S. 13–73.

Die Kiewer Lokalwahlen

Parallel zur ukrainischen Präsidentenwahl fanden in Kiew am 25. Mai 2014 auch Lokalwahlen statt. Dabei wurden sowohl der neue Stadtrat als auch der Bürgermeister direkt gewählt. Die Wahl erhielt besondere Aufmerksamkeit zum einen, weil der Durchführungstermin und die Rolle des Bürgermeisters politisch umstritten sind, und zum anderen, weil mit Witalij Klitschko ein international bekannter Kandidat in der Favoritenrolle für das Bürgermeisteramt war.

In Kiew hatte es 2008 vorgezogene Lokalwahlen gegeben, so dass Neuwahlen turnusgemäß für 2013 anstanden. Das ukrainische Verfassungsgericht entschied aber im Mai 2013, dass die Lokalwahlen auf 2015 verschoben werden müssen. Das Gericht stützte sich in der Begründung auf ein Gesetz aus dem Jahr 2010, laut dem alle Wahlen zu Stadt- und Regionalparlamenten an einem einheitlichen Termin fünf Jahre nach den regulären Wahlen des Jahres 2010 stattfinden haben. Das Urteil des Verfassungsgerichts verlängerte in einer Ausnahmeregelung die Amtszeit der 2008 gewählten Kiewer Politiker bis zu den regulären Wahlen 2015, die dann wieder im zeitlichen Einklang mit den übrigen Regionalwahlen sein sollten. Die damalige Opposition bezeichnete die Entscheidung als Verletzung der Wählerrechte. Dementsprechend setzte sie nach ihrer Machtübernahme zusätzliche Lokalwahlen an. Die jetzt gewählten Lokalpolitiker werden deshalb nur bis zur nächsten landesweiten Runde von Wahlen im Herbst 2015 im Amt bleiben.

Bei den Wahlen zum Kiewer Stadtrat wird die eine Hälfte der 120 Abgeordneten über Parteilisten gemäß dem Gesamtergebnis der abgegebenen Stimmen (mit einer 3%-Hürde) gewählt. Die andere Hälfte der Abgeordneten wird als Direktkandidaten in den einzelnen Wahlbezirken bestimmt.

Die Bürgermeisterwahlen finden in Kiew in nur einem Wahlgang statt. Der Kandidat, der die meisten Stimmen erhält, wird direkt Bürgermeister. Bei den vorgezogenen Wahlen 2008 wurde Leonid Tschernowezki so mit einem Stimmanteil von 38 % zum Bürgermeister gewählt. An zweiter Stelle folgte mit 19 % für den Block Tymoschenko Oleksandr Turtschinow, der 2014 ukrainischer Übergangspräsident wurde, und an dritter Stelle erreichte im Jahr 2008 Witalij Klitschko 18 %.

Der gewählte Kiewer Bürgermeister kann nach ukrainischem Recht zwar nicht entlassen werden, im ukrainischen Zentralstaat kann der Präsident aber den Leiter der regionalen Exekutive einsetzen. Dieses Recht wurde 2010 per Gesetz auf Kiew ausgeweitet, welches als Hauptstadt (ähnlich wie z. B. auch Berlin in der Bundesrepublik Deutschland) gleichzeitig den Status einer Region hat. Aufgrund dieser Rechtslage verfügte der damalige Präsident Viktor Janukowytsch per Erlass, dass der stellvertretende Bürgermeister Oleksandr Popow die Leitung der Stadtverwaltung übernehmen sollte. Tschernowezki blieb damit als Bürgermeister nur eine symbolische Rolle als Vorsitzender des Stadtrates und er legte 2012 sein Amt nieder, das anschließend kommissarisch von Halyna Hehera ausgeübt wurde.

Popow blieb bis Dezember 2013 im Amt, als er von Janukowytsch unter dem Vorwurf für den gewaltsamen Polizeieinsatz gegen die Proteste des Euromaidan verantwortlich zu sein suspendiert wurde. Nach der Absetzung Janukowytschs wurde der zum Block Tymoschenko gehörende Parlamentsabgeordnete Wolodymyr Bondarenko zum Leiter der Kiewer Stadtverwaltung ernannt.

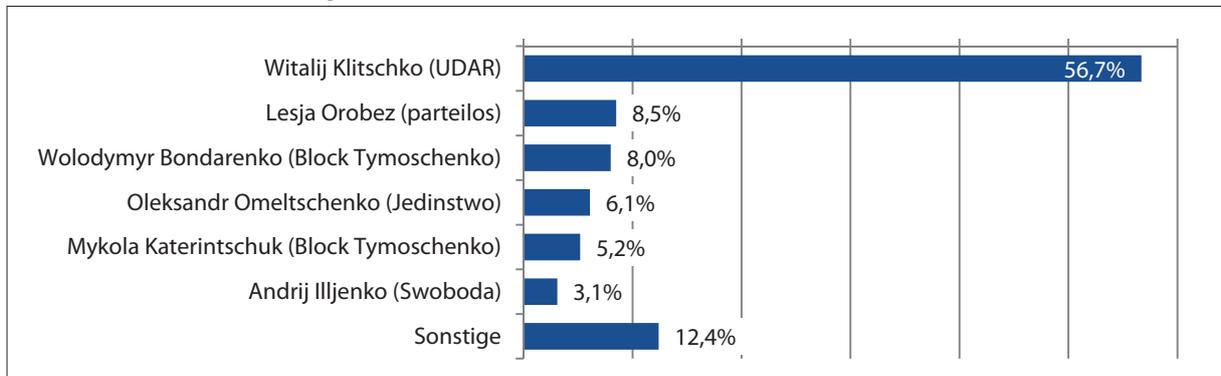
Als Witalij Klitschko Ende März 2014 seinen Verzicht auf die bereits ein halbes Jahr vorher angekündigte Kandidatur bei den nächsten Präsidentenwahlen erklärte, um Petro Poroschenko zu unterstützen und stattdessen selber für das Amt des Kiewer Bürgermeisters zu kandidieren, war seine erklärte Erwartung, dass die Ämter von Bürgermeister und Leiter der Stadtverwaltung wieder zusammengelegt werden würden, so dass der Bürgermeister erneut zentraler Gestalter der Lokalpolitik werden würde. Alle Umfragen ließen keinen Zweifel daran, dass Klitschko mit großem Abstand der klare Favorit für das Bürgermeisteramt war.

Bei den Lokalwahlen am 25. Mai 2014, deren Ergebnis am 3. Juni von der lokalen Wahlkommission bekannt gegeben wurde, erhielt Klitschko dann 57 % der Stimmen. Der amtierende Leiter der Stadtverwaltung, Bondarenko, der ebenfalls kandidierte, erhielt hingegen nur 8 %. Klitschkos Partei UDAR erreichte für die Parteiliste einen Stimmenanteil von 41 % und gewann gleichzeitig über zwei Drittel der Direktmandate. Die Fraktion von UDAR umfasst damit 60 % der Abgeordneten im neugewählten Stadtrat.

Mit Unterstützung von UDAR ins nationale ukrainische Parlament eingebrachte Gesetzesentwürfe, nach denen die Ämter von gewähltem Bürgermeister und Leiter der Stadtverwaltung wieder zusammengelegt werden sollten, fanden bei Abstimmungen am 15. April und am 3. Juni 2014 jeweils keine Mehrheit. Klitschko, der am 5. Juni als Bürgermeister vereidigt wurde, erklärte daraufhin, dass er nun erwarte, dass Poroschenko als neugewählter Präsident ihn zusätzlich zum Leiter der Stadtverwaltung ernennen werde. Als erfolgreicher Bürgermeister der Hauptstadt könnte Klitschko dann später erneut den Sprung in die nationale Politik versuchen.

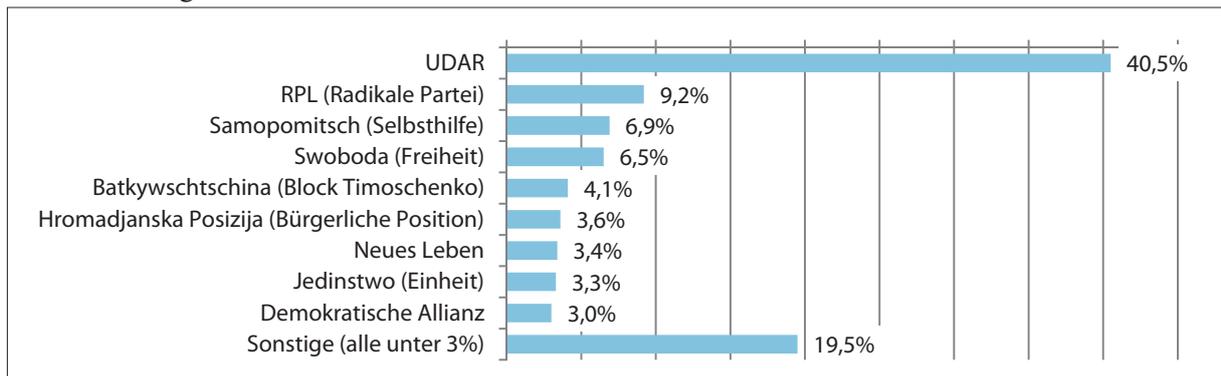
Das Ergebnis der Kiewer Lokalwahlen vom 25. Mai 2014

Grafik 1: Wahl des Bürgermeisters



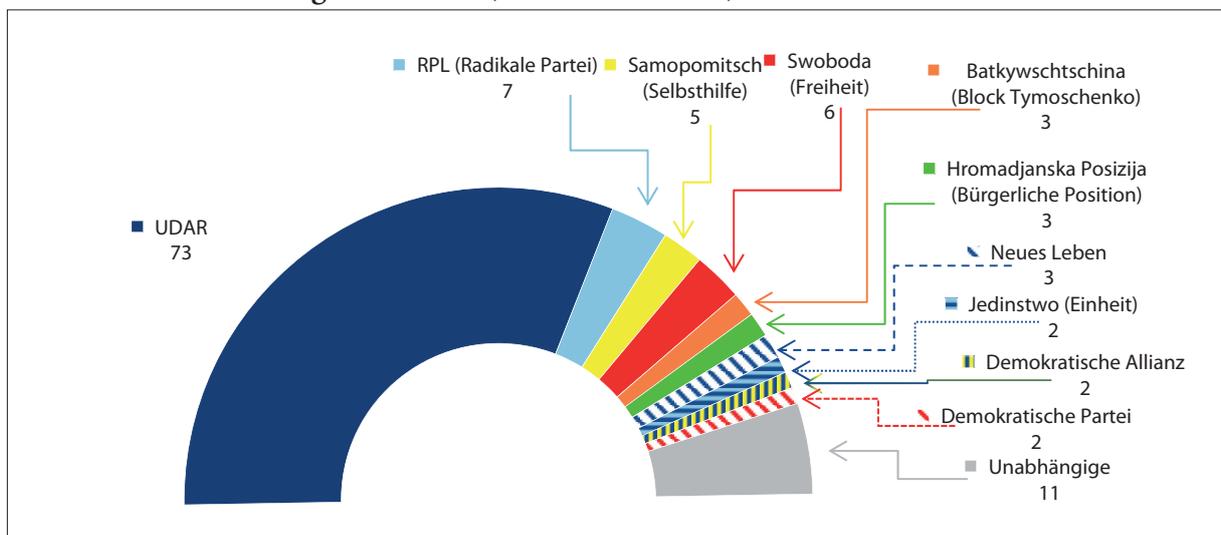
Quelle: Interfax-Ukraine 03.06.2014 (22:14)

Grafik 2: Ergebnis der Stadtratswahlen: Parteiliste



Quelle: Interfax-Ukraine 03.06.2014 (19:10)

Grafik 3: Sitzverteilung im Stadtrat (Zahl der Mandate)



Quelle: <<http://moygrad.kiev.ua/2014/06/02/polnyj-spisok-deputatov-kiewsoveta/>>

Hilfskredite internationaler Organisationen im Überblick

Tabelle 1: Finanzierung des ukrainischen Staatshaushalts durch internationale Organisationen (Mrd. US-Dollar)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Weltbank	0,2	0,9	0,3	1,9	1,6	0,4
Europäische Kommission	0,1	0,1	0,1	2,2*	0,6	0,1
EBRD/EIB/Andere	0	0,5	3	2,2	3,1	2,8
IWF	0	0	0	7,4	8,6	1,1

Anmerkung: Schätzung für 2013, Prognose für 2014–2016

* davon 1,9 Mrd. US-Dollar als Makrofinanzhilfe

Quelle: IMF Country Report No. 14/106, <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2014/cr14106.pdf>>

Tabelle 2: Struktur der externen Staatsverschuldung der Ukraine in den Jahren 2005–2013 (Mrd. US-Dollar)

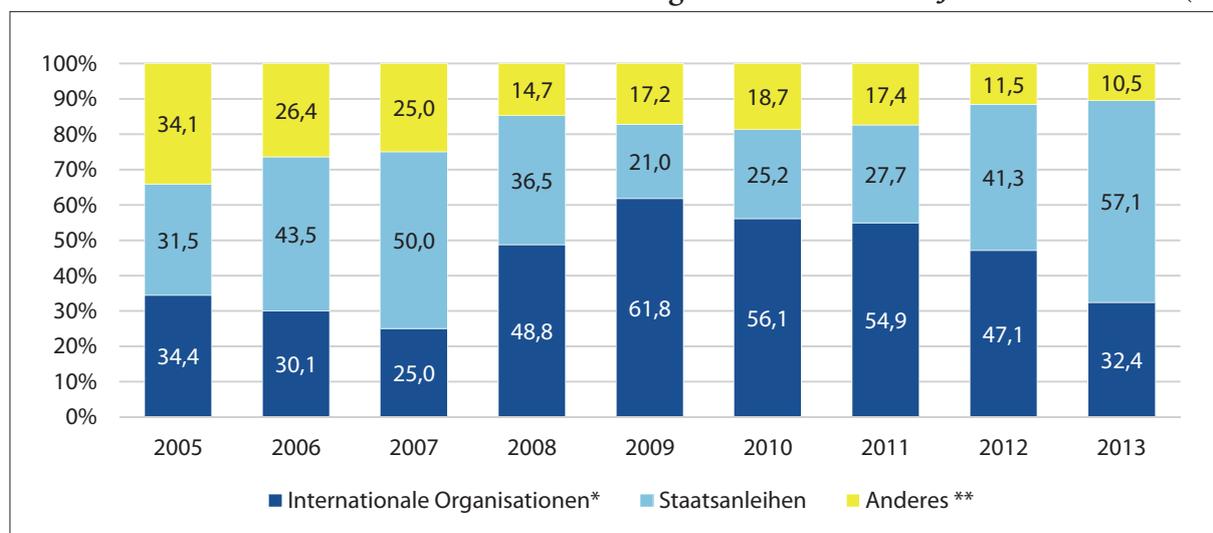
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Internationale Organisationen*	4,05	3,55	3,09	8,14	14,85	18,23	18,33	15,17	9,50
Staatsanleihen	3,70	5,14	6,17	6,09	5,04	8,18	9,23	13,30	16,74
Anderes**	4,01	3,12	3,08	2,46	4,13	6,08	5,80	3,72	3,07
Gesamt	11,76	11,80	12,35	16,68	24,02	32,49	33,36	32,19	29,31

* IWF, EU, EIB, EBRD, Weltbank

** bilaterale und kommerzielle Kredite

Quelle: IMF Country Report No. 14/106, <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2014/cr14106.pdf>>

Grafik 1: Struktur der externen Staatsverschuldung der Ukraine in den Jahren 2005–2013 (%)



* IWF, EU, EIB, EBRD, Weltbank

** bilaterale und kommerzielle Kredite

Quelle: IMF Country Report No. 14/106, <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2014/cr14106.pdf>>

Presseerklärungen zu den Krediten

IMF Executive Board Approves 2-Year US\$17.01 Billion Stand-By Arrangement for Ukraine, US\$3.19 Billion for immediate Disbursement (30 April 2014)

The Executive Board of the International Monetary Fund (IMF) today approved a two-year Stand-By Arrangement (SBA) for Ukraine. The arrangement amounts to SDR 10.976 billion (about US\$17.01 billion, 800 percent of quota) and was approved under the Fund's exceptional access policy. The authorities' economic program supported by the Fund aims to restore macroeconomic stability, strengthen economic governance and transparency, and launch sound and sustainable economic growth, while protecting the most vulnerable.

The approval of the SBA enables the immediate disbursement of SDR 2.058 billion (about US\$3.19 billion), with SDR 1.29 billion (about US\$2 billion) being allocated to budget support. The second and third disbursements will be based on bi-monthly reviews and performance criteria, and the remainder of the program period will be subject to standard quarterly reviews and performance criteria.

Following the Executive Board's discussion, Ms. Christine Lagarde, Managing Director and Chair, said:

"Deep-seated vulnerabilities—together with political shocks—have led to a major crisis in Ukraine. The economy is in recession, fiscal balances have deteriorated, and the financial sector is under significant stress.

"Showing unprecedented resolve, the authorities have developed a bold economic program to secure macroeconomic and financial stability and address long-standing imbalances and structural weaknesses to lay a firm foundation for high and sustainable growth. The program focuses on (i) maintaining a flexible exchange rate to restore competitiveness; (ii) stabilizing the financial system; (iii) gradually reducing the unaffordable fiscal deficit; (iv) eliminating losses in the energy sector, while enhancing social safety nets; and (v) decisively breaking with problematic past governance practices.

"Following the floating of the hryvnia, the authorities are committed to maintaining a flexible exchange rate regime and focusing monetary policy on domestic price stability. With Fund technical assistance, they plan to adopt inflation targeting by mid-2015.

"The authorities are determined to stabilize the financial system, maintain confidence in banks, and strengthen balance sheets and financial regulation and supervision. To this end, they have launched diagnostic studies of the largest banks and started reforms which are critical to restore confidence and stem deposit outflows.

"Recognizing the need for fiscal consolidation, the authorities have put in place a package of revenue enhancements and expenditure restraints. Over the program horizon, they target a structural fiscal adjustment of 2 percent of GDP, which will appropriately balance the need to keep public debt on a sustainable path while minimizing the adjustment costs to the economy. To preserve competitiveness, the authorities also aim to keep the minimum wage and public wage growth in line with productivity.

"The authorities plan to eliminate the large quasi-fiscal losses of Naftogaz by 2018 and strengthen the company's transparency and governance. To this end, they have embarked on the path of meaningful, broad-based, and sustained gas and heating increases over several years, starting from May 2014. Enhancing social assistance to protect the most vulnerable from energy price adjustments is a crucial element of the reforms. In this context, it is important to reach an early agreement on repayment of accumulated arrears and the gas price dispute with Gazprom to prevent disruptions in energy trade between Russia and Ukraine.

"A strong and comprehensive structural reform package is critical to reduce corruption, improve the business climate, and achieve high and sustainable growth. The authorities have already enacted a new public procurement law, reducing room for misuse of public resources. They have begun addressing governance issues in state-owned companies and are seeking recovery of stolen assets. They are also planning to build capacity to more effectively conduct enforcement of anti-money laundering and anti-corruption legislation, as well as enhance the effectiveness of the judiciary and tax administration.

"Risks to the program are high. In particular, further escalation of tensions with Russia and unrest in the east of the country pose a substantial risk to the economic outlook. Steady and rigorous implementation of policy measures, while maintaining broad public support, will be critical for the program's success and would unlock sizable international official assistance and private capital inflows. The authorities' program is an appropriate response to present challenges and constraints and deserves strong support."

Annex

Recent economic developments

Inconsistent macroeconomic policies pursued in recent years aggravated deep-seated vulnerabilities that made the economy susceptible to economic and political shocks and led to the second major economic crisis in six years. The pegged and overvalued exchange rate led to a deterioration of competitiveness and slower export growth. Together with a rising fiscal deficit and sizeable losses in the energy sector, this drove the current account deficit to over 9 percent of GDP in 2013 and slowed economic growth. Public debt rose to 41 percent of GDP, while external debt remained elevated at 79 percent of GDP. With significant external payments and restricted access to international debt markets, international reserves fell to a critically low level of around two months of imports.

In a first important break with past policies, with mounting pressures on the hryvnia and reserves at a critically low level, the National Bank of Ukraine (NBU) allowed the exchange rate to float in February. This change in the exchange rate regime, along with increased emergency financing to the budget and the banking system, helped stabilize financial markets. Nonetheless, the economic and political environment remains uncertain. Economic activity is contracting, and international debt markets are closed. The fiscal situation is challenging, as government revenues have fallen on the back of political uncertainty and weak economic performance. The political situation in some regions of the country remains tense. Early presidential elections are scheduled for May 25, 2014.

Program Summary

The authorities' economic reform program aims to restore macroeconomic stability, strengthen economic governance and transparency, and launch sound and sustainable economic growth while protecting the vulnerable groups in society. The program will focus on reforms in the following key areas: monetary and exchange rate policies; financial sector; fiscal policies; energy sector; and governance, transparency, and the business climate.

Monetary policy will focus on domestic price stability while maintaining a flexible exchange rate regime. To this end, the authorities will initially adopt a money-based monetary framework. With IMF technical assistance, the authorities plan on adopting inflation targeting by mid-2015.

Financial sector reforms will aim to maintain confidence in the financial system and strengthen the infrastructure for financial regulation and supervision. Assisted by independent diagnostic studies, the NBU will assess bank resilience to economic shocks and ensure that banks strengthen their balance sheets as necessary. In addition, the authorities will review and upgrade the regulatory and supervisory framework, and take steps to facilitate restructuring of banks' non-performing loans (NPLs).

Fiscal policy will seek to meet near-term spending obligations and gradually reduce the fiscal deficit over the medium-term. The authorities have already put in place a package of measures to stabilize revenue and start on a medium-term expenditure adjustment path that distributed the burden equitably. For 2015–16, further gradual expenditure-based fiscal adjustment—proceeding at a pace matching the economy's speed of recovery—will aim to reduce the fiscal deficit to about 3 percent of GDP by 2016.

Energy sector reforms will focus on reducing the sector's fiscal drag and enhancing its efficiency and transparency. The objective to bring Naftogaz's deficit to zero by 2018 will be accomplished by policies to raise its revenue and reduce costs. To this end, gradual, but meaningful and broad-based increases in the very low gas and heating retail tariffs will be accompanied by enhanced social assistance measures to mitigate the impact on the poorest. Structural and governance reforms in Naftogaz will improve its governance and reduce operational costs.

Reforms to strengthen governance, enhance transparency, and improve the business climate will be critical elements of the program. Policy measures in these areas will include capacity building to reform public procurement and tax administration, strengthen anti-money laundering activities, and fight corruption. These measures will help improve the business climate and alleviate long-standing barriers to growth in Ukraine.

In the current difficult environment, real GDP is expected to contract by about 5 percent in 2014 amid weak investor and consumer confidence. Inflation is expected to spike temporarily in response to the exchange rate depreciation and gas and heating tariff increases, reaching 16 percent at end-2014. The current account deficit should fall to about 4½ percent of GDP on the back of the exchange rate adjustment and subdued domestic demand. Replenished by international assistance, gross international reserves will stabilize at around 2½ months of import coverage. The currency devaluation and official borrowing (to help finance a still-wide government deficit) are expected to push public sector debt up to 57 percent of GDP and external debt to just below 100 percent of GDP.

Ukraine's economic prospects will improve in the medium-term. Real GDP growth is expected to rebound to 2 percent in 2015, rising to 4–4½ percent in the medium term. The unemployment rate, which reacts to economic recovery with a lag, will gradually decline from 8½ percent in 2014 to 7½ percent by 2016. Buoyed by the restored competitiveness, exports are projected to grow by over 6 percent a year in 2015–16. By end-2016, inflation will fall to about 6 percent and the NBU will build its international reserves to cover nearly 4 months of imports.

Quelle: <<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14189.htm>>

EU: Vereinbarung über das Makrofinanzhilfeprogramm für die Ukraine (28. April 2014)

Siim Kallas, Vizepräsident der Europäischen Kommission, unterzeichnete heute die Vereinbarung über das neue Makrofinanzhilfe-Darlehensprogramm für die Ukraine im Umfang von 1 Mrd. EUR, das am 14. April vom EU-Ministerrat gebilligt wurde. Mit dem neuen Programm, das Teil des am 5. März von der Europäischen Kommission angekündigten und am 6. März vom Europäischen Rat verabschiedeten Hilfspakets ist, soll die Ukraine wirtschaftlich und finanziell im derzeitigen kritischen Entwicklungsstadium unterstützt werden.

»Wie das zuvor beschlossene 610 Mrd.-Makrofinanzhilfeprogramm soll auch dieses Programm der ukrainischen Regierung dringend benötigte Mittel zur Verfügung stellen. Für das ukrainische Volk in seiner schwierigen Lage ist es – in Verbindung mit der weiteren langfristigen Finanzhilfe – ein konkretes Zeichen der Unterstützung durch die EU«, so Vizepräsident Kallas.

Die EU-Mittel sollen der Ukraine dabei helfen, einen Teil ihres dringenden Außenfinanzierungsbedarfs im Zusammenhang mit dem kürzlich von der ukrainischen Regierung mit Unterstützung des Internationalen Währungsfonds (IWF) erarbeiteten Stabilisierungs- und Reformprogramm zu decken. Ausgeglichen werden sollen nach Möglichkeit kurzfristige Schwächen in Zahlungsbilanz und Staatshaushalt.

Bedingung für die Auszahlung der Hilfe sind spezifische in der Vereinbarung festgelegte wirtschaftspolitische Voraussetzungen sowie die erfolgreiche Umsetzung der IWF-Bereitschaftskreditvereinbarung, die voraussichtlich in Kürze vom IWF-Exekutivrat gebilligt wird. Im Mittelpunkt stehen dabei die öffentliche Finanzverwaltung und die Korruptionsbekämpfung, Reformen im Bereich Handel und Steuern, im Energie- und Finanzsektor sowie vermehrte Sozialleistungen für besonders Bedürftige.

Das neue Programm von 1 Mrd. EUR wird parallel zum Programm von 610 Mrd. EUR umgesetzt, das schon 2010 gebilligt, aber wegen fehlender Voraussetzungen unter der damaligen Kiewer Regierung noch nicht freigegeben wurde.

Hintergrund

Das Makrofinanzhilfeprogramm ist ein außergewöhnliches Krisenbewältigungsinstrument der EU, das für die EU-Nachbarländer mit erheblichen Zahlungsbilanzproblemen zur Verfügung steht und die Hilfe durch den IWF ergänzt. Die als Makrofinanzhilfe gewährten Darlehen werden durch EU-Anleihen auf dem Kapitalmarkt finanziert. Die Mittel werden dann zu ähnlichen finanziellen Konditionen an die begünstigten Länder weiterverliehen.

Quelle: <http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-488_de.htm>

World Bank Boosts Support for Recovery in Ukraine (22 May 2014)

WASHINGTON, May 22, 2014 – The World Bank's Board of Executive Directors today approved three new projects for Ukraine amounting to US\$1.48 billion. This new financing will be reinforced by technical assistance and policy dialogue to help drive forward the essential structural and macroeconomic reforms.

“The Ukrainian authorities have developed a comprehensive program of reforms, which they are committed to undertake with support from the World Bank Group,” said World Bank Group President Jim Yong Kim. “We are stepping up our assistance to Ukraine because we want to help improve the lives of people in the country and to achieve economic recovery at a crucial time. The country's leaders are determined to improve public services and back much-needed reforms, and we're determined to help them.”

The three projects approved by the Board today are part of the World Bank Group's overall assistance to Ukraine announced in March this year, which aims to provide up to US\$3.5 billion by the end of 2014.

The US\$750 million First Development Policy Loan will support high-priority reform measures to address key structural roots of the current economic crisis in Ukraine and to lay the foundation for inclusive and sustainable growth. It aims to promote good governance, transparency, and accountability in the public sector; strengthen the

regulatory framework and reduce costs of doing business; and reform inefficient and inequitable utility subsidies while protecting the poor.

The **US\$382 million District Heating Energy Efficiency Project** will support 10 municipal heating utility companies across the country by helping them enhance quality of their services and carry out efficiency improvements to cut production costs as well as harmful emissions. The project includes US\$50 million from the Clean Technology Fund (CTF), which provides middle-income countries with resources to use low carbon technologies. Over 3 million Ukrainians are expected to benefit from the project.

The **US\$350 million Second Urban Infrastructure Project** will provide funding for 10 participating water utilities across the country and a municipal solid waste company. It will assist the participating utilities in achieving a series of improvements in quality and efficiency of the services provided through the rehabilitation and upgrade of dilapidated water supply and wastewater infrastructure and institutional building. This will result in better access to water, wastewater and solid waste services to over 6 million citizens. The project includes US\$50 million from the Clean Technology Fund (CTF).

The World Bank is a major development partner of Ukraine. With these new investments, the current World Bank's lending portfolio will amount to US\$3.39 billion through 11 operations in the country. Since Ukraine joined the World Bank in 1992, the Bank's commitments to the country have totaled over US\$8.5 billion for 43 projects and programs.

Quelle: <<http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2014/05/22/world-bank-boosts-support-for-recovery-in-ukraine>>

EBRD to step up engagement in Ukraine (27 March 2014)

Bank's financing and technical assistance will supplement the international response and the IMF programme

The European Bank for Reconstruction and Development is planning an increase in its investments in Ukraine, including a return to sovereign lending for public sector projects, as part of an international economic support package for Ukraine.

The EBRD could invest around €1 billion a year over the next few years, significantly raising its investments from the range of €550 to €750 million contemplated earlier in 2014. This increase is envisioned in the context of the response of the international community, including Ukraine's agreement announced today with the International Monetary Fund for a macro-economic stabilisation programme.

The EBRD will continue to monitor economic developments in Ukraine and will adjust its approach accordingly in support of its clients. The EBRD has a portfolio of investments in Ukraine of around €4.7 billion.

While the EBRD's emphasis on private sector projects will continue, the Bank will also return to sovereign lending for public sector investments after abstaining from pursuing them over the last 12 months.

To underpin its investments in Ukraine, the EBRD will reinvigorate its Anti-Corruption Initiative, which should help to address the country's acute problems of corruption and the unsatisfactory business climate.

In the private sector, the Bank will be active in both the corporate and financial sectors, and will also provide financing for energy efficiency projects. The Bank will aim to increase its funding specifically for small and medium sized enterprises and open a new office in Lviv to strengthen its support of this essential segment of Ukraine's economy. It will also stand ready to increase its support for trade financing, as necessary.

In the public sector, the EBRD will revive its investment plans. These may include some major infrastructure projects that are critical to the recovery of the country's economy.

The EBRD expects Ukraine's economic output to contract in 2014. The EBRD believes that the implementation of the economic and structural reforms which Ukraine has agreed with the IMF, along with the other support from the international community including our own, should eventually help return the country to economic stability and growth.

Quelle: <<http://www.ebrd.com/english/pages/news/press/2014/140327a.shtml>>

Siehe auch:

- EBRD approves €350 million financing for Ukraine projects. Bank resumes public sector lending, provides funding facility for corporate clients (08 April 2014), <<http://www.ebrd.com/english/pages/news/press/2014/140408a.shtml>>
- EBRD steps up lending to Ukraine as part of international support package. €200 million funding for roads project marks resumption of sovereign lending (06 May 2014), <<http://www.ebrd.com/english/pages/news/press/2014/140506b.shtml>>

Verpflichtungen der Ukraine im Rahmen des EU-Makrofinanzhilfeprogramms

(inoffizielle Übersetzung des Anhangs 1 im Memorandum of Understanding zwischen der Ukraine als Darlehensnehmer und der Europäischen Union als Geldgeber)

Zum Zeitpunkt der Analyse durch die Kommission, bevor sie die Entscheidung über die Zuteilung der zweiten Tranche trifft, verpflichtet sich die Regierung, die folgenden Bedingungen zu erfüllen:

Verwaltung der öffentlichen Finanzen

1. Vorbereitung und Veröffentlichung der Jahrespläne für die öffentlichen Aufträge für das Jahr 2015 durch jeden Unternehmer, der Aufträge aus öffentlichen Mitteln erhält und jeden Auftraggeber, der aus dem Staatshaushalt finanziert wird, vor dem 15. September 2014.
2. Einbringung des ersten Gesetzentwurfes »Über den Staatshaushalt der Ukraine für das Jahr 2015« in die Werchowna Rada der Ukraine und dessen Veröffentlichung (nach der Einbringung ins Parlament) bis spätestens 15. September 2014 in Übereinstimmung mit der Haushaltsordnung der Ukraine.
3. Zur Verbesserung der Transparenz des Staatshaushalts: monatliche Veröffentlichung von Informationen über die Umsetzung des Haushaltsplans in Übereinstimmung mit Artikel 28 der Haushaltsordnung der Ukraine.
4. Umsetzung des Gesetzes der Ukraine »Über die Grundsätze zur Prävention und Bekämpfung von Korruption« aus dem Jahr 2011, insbesondere der Bestimmungen des Artikels 12, der die jährliche Einreichung der Erklärung über Vermögenswerte (Immobilien, Erträge, Aufwendungen und finanzielle Verpflichtungen) durch die gesetzlich definierten Subjekte vorsieht. Die Regierung wird einen Gesetzentwurf zur Einrichtung einer unabhängigen Stelle mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen vorbereiten, um die ordnungsgemäße Umsetzung des Gesetzes zu gewährleisten.
5. Einreichung des Gesetzentwurfs zur Aktualisierung der bestehenden Rechtsvorschriften bezüglich der Rechnungskammer der Ukraine und zur Erweiterung ihrer Befugnisse insbesondere auf staatliche Unternehmen in die Werchowna Rada der Ukraine.

Handel und Besteuerung

6. Die Ukraine wird Konsultationen mit der EU und anderen WTO-Mitgliedern einleiten, um ihre Verpflichtungen im Rahmen der WTO gemäß Artikel XXVIII des GATT zu überprüfen, wodurch die Probleme, die von den Mitgliedern geltend gemacht wurden, gelöst werden sollen. Diese Konsultationen werden auch andere WTO-Instrumente wie die Beschränkungen zum Schutz der Zahlungsbilanz betreffen. Die Konsultationen sollen zu einer weiteren deutlichen Verringerung der von den Revisionsverhandlungen abhängigen Zolltarifpositionen führen.
7. Sicherstellung der rechtzeitigen Erstattung der Umsatzsteuer für alle berechtigten Ansprüche durch Geldzahlungen oder Zuteilung von Staatsanleihen.

Energiesektor

8. Zur Verbesserung der Transparenz von NAK Naftohaz Ukrainy: Vorbereitung des Jahresfinanzberichts des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaften in den Segmenten: 1) Produktion; 2) Import / Versorgung; 3) Netzwerk- und Gasspeicher-Verwaltung in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards.

Finanzsektor

9. Vorbereitung von Normen und Regeln für systemrelevante Banken durch die Nationalbank der Ukraine und ihre anschließende Einführung noch in diesem Jahr.
10. Verbesserung der Umsetzung des Gesetzes über die Offenlegung von Bankeigentümern. Offenlegung von Informationen über die Endeigentümer durch alle Banken vor dem 1. September auf der Website der Nationalbank der Ukraine.
11. Einreichung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes der Ukraine »Über die Finanzdienstleistungen und die Staatsregulierung des Finanzdienstleistungsmarktes« zur Offenlegung von Informationen in die Werchowna Rada der Ukraine.

Quelle: <http://zakon2.rada.gov.ua/laws/show/984_004/paran81#n81>

Verpflichtungen der Ukraine im Rahmen des IWF-Programms

Access: SDR 10.976 billion (800 percent of quota or US\$17.1 billion).

Length: 24 months.

Phasing: SDR 2.058 billion will become available upon the Board's approval of the arrangement, with the domestic currency counterpart of SDR 1.290 billion (about US\$2 billion) to be used to finance the government's budget deficit. The second and the third tranches equal to SDR 914.67 million each and the fourth tranche equal to SDR 914.66 million are contingent upon completion of reviews based on end-May, end-July and end-September 2014 test dates. The fifth, sixth, seventh, and eighth tranches will equal SDR 1.372 billion and are contingent upon completion of quarterly reviews based on targets starting from end-December 2014. The last tranche contingent upon completion of the eighth review (targets for end-December 2015) will equal SDR 686 million.

Conditionality.

Prior Actions

- The NBU will adopt a regulation specifying that the official exchange rate is calculated as a weighted average of rates on the same day's interbank transactions.
- The NBU will instruct the largest 35 banks to launch diagnostic studies on the basis of end-December 2013 data and terms of reference developed by the NBU.
- The NBU will repeal Resolution 109 and announce a specific timetable, agreed with IMF staff, for gradually unwinding banks' net open foreign exchange positions, beginning May 1, 2014 and concluding in 20 months.
- Government will approve a package of revenue and expenditure measures yielding at least UAH 45 billion and implement them by passing a supplementary budget.
- Parliament will pass a new public procurement law to strengthen governance and checks and balances, including reducing exemptions from regular competitive procedures.
- Parliament will pass a reversal of the already introduced VAT rate reduction in 2015 and keep the rate at 20 percent.
- Parliament will pass an extension until October 1, 2014 in the recently expired VAT exemption regime for grain exporters.
- The gas price regulator NERC will adopt and officially publish a decision to raise end-user gas tariffs for households by 56 percent, effective May 1, 2014. Similarly, the utility price regulator NURC will adopt decisions to raise the heating tariffs for households by 40 percent on average, effective July 1, 2014.
- The decision and schedule for tariff increases through 2017 will be publicly announced, where the schedule will include the following: (i) in 2015, raise end-user gas and heating tariffs by 40 percent on average, effective May 1; and (ii) thereafter, raise these tariffs by 20 percent on average in each of 2016 and 2017, effective May 1.
- Parliament will pass legislation to vest NURC with the exclusive authority to set heating tariffs in the country.
- Government will approve a decision to introduce a new social assistance scheme to compensate the increase in the gas and heating tariffs for the most vulnerable.
- The NBU Council will establish an independent audit committee with a well-defined mandate to provide close oversight of the financial reporting, audit processes and system of internal controls at the NBU.

Quantitative and Continuous Performance Criteria

- Floor on net international reserves
- Ceiling on net domestic assets
- Ceiling on the cash deficit of the general government
- Ceiling on cash deficit of the general government and Naftogaz
- Ceiling on publicly guaranteed debt
- Non-accumulation of external debt payments arrears by the general government

Quantitative Indicative Targets

- Ceiling on monetary base
- Ceiling on VAT refund arrears

Structural Benchmarks

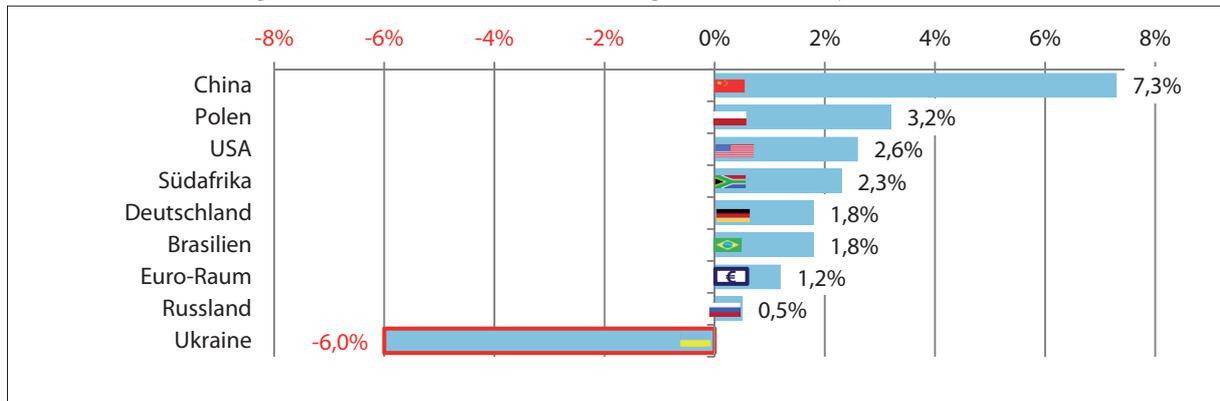
- Complete diagnostic studies and review of business plans for the 15 largest banks.
- If existing fit and proper shareholders are unwilling or incapable of recapitalizing in full a weak bank, public funds could be used to bring it back into solvency, according to strict criteria. Government and the NBU will reach agreement with IMF staff on these criteria.
- The government should be prepared to manage its financial sector shareholdings in the event that it is called on to use public funds—and to this end, a specialized unit will be set up at the Finance Ministry.
- After discussion within government and with the private sector, we will prepare a proposal for the reform of VAT in agriculture with a view to bringing the regime in this sector closer to the general VAT regime.
- To provide an accurate picture of Naftogaz finances, Naftogaz will launch a tender by April 3 to conduct audits of Naftogaz operations, led by an external auditor. The auditor will be in place within 60 days of the tender. The results of the audits will be shared with the IMF within 30 days of each period, initially on a monthly basis beginning with data for end-May 2014, and then on a quarterly basis for end-September data forward.
- To strengthen payment discipline for the heating sector, Parliament will pass legislation that will make distribution accounts fully operational and mandatory for utility payments.
- A comprehensive diagnostic study to be completed in close consultation with IMF staff prior to the first review will cover the anti-corruption framework, the design and implementation of key laws and regulations that may have impact on the business climate, the effectiveness of the judiciary, and tax administration.

Quelle: "Box 6. Proposed Stand-By Arrangement" in IMF Country Report No. 14/106, p. 30–31, <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2014/cr14106.pdf>>.

STATISTIK

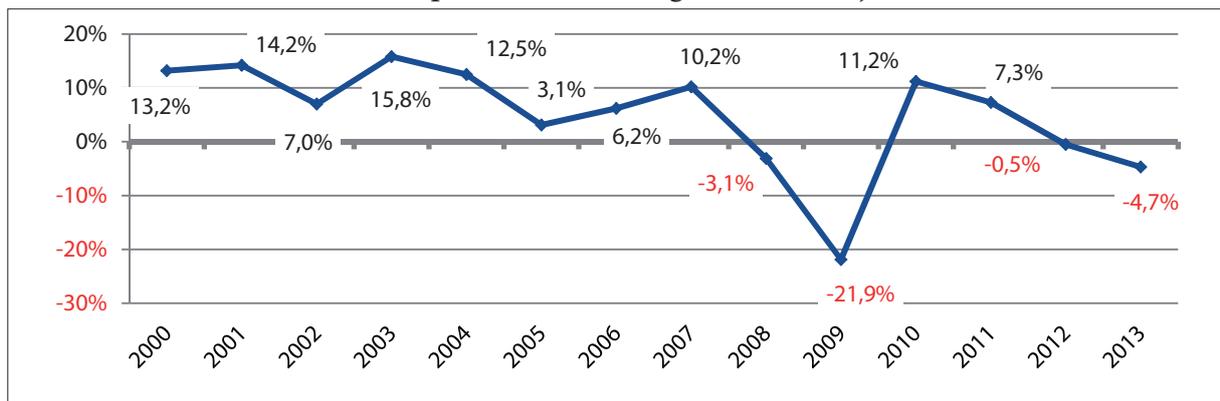
Aktuelle Wirtschaftsdaten

Grafik 1: BIP-Prognose für das Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr



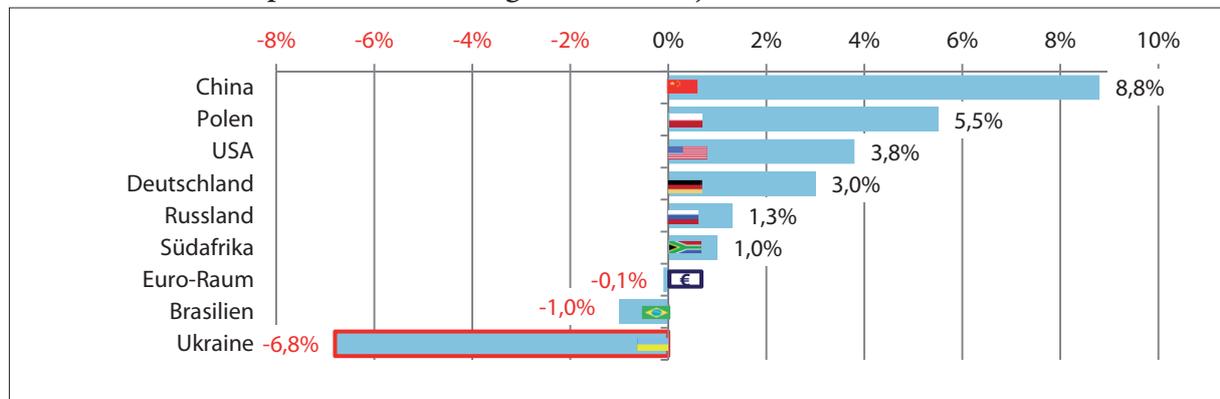
Quelle: *The Economist*, <<http://www.economist.com>>, 31.05.2014.

Grafik 2: Ukrainische Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr (2000–2013)



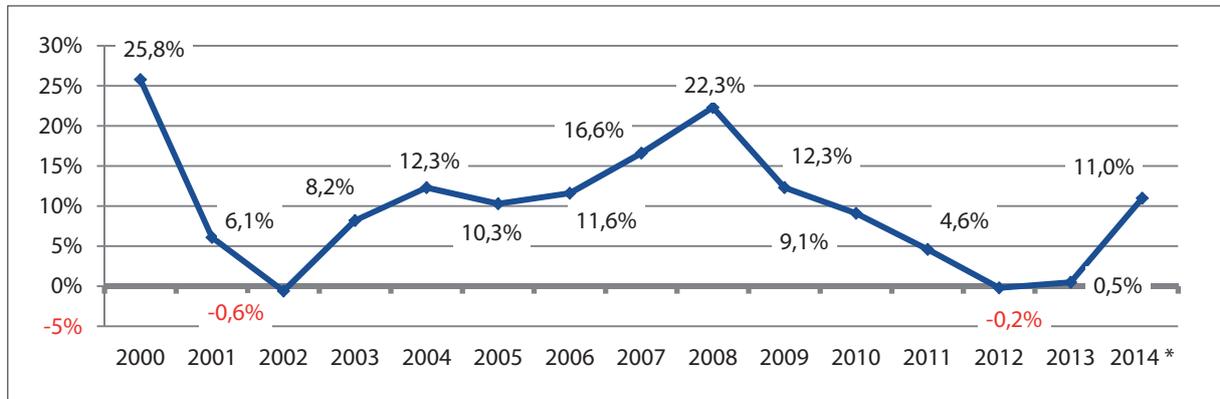
Quelle: *Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor*.

Grafik 3: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat (März 2014)



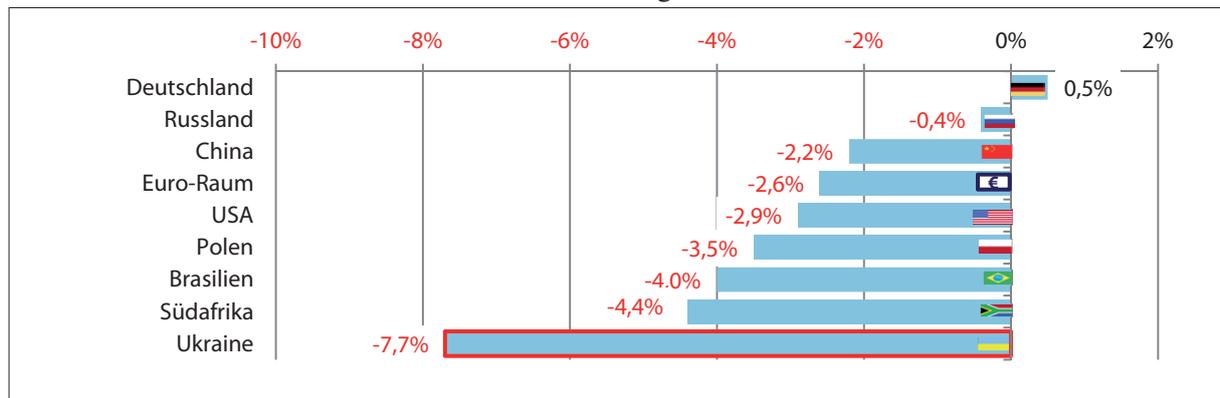
Anmerkung: Angaben für März 2014.

Quelle: *The Economist*, <<http://www.economist.com>>, 31.05.2014.

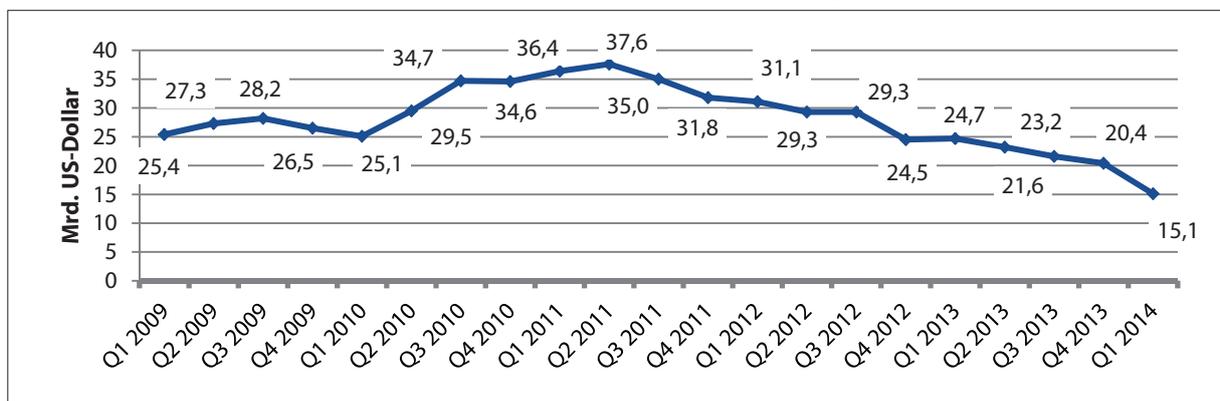
Grafik 4: Ukraine: Inflationsrate (Konsumentenpreise, 2000–2014)


* Prognose

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor; Schätzung für 2014: The Economist, <<http://www.economist.com>>, 31.05.2014.

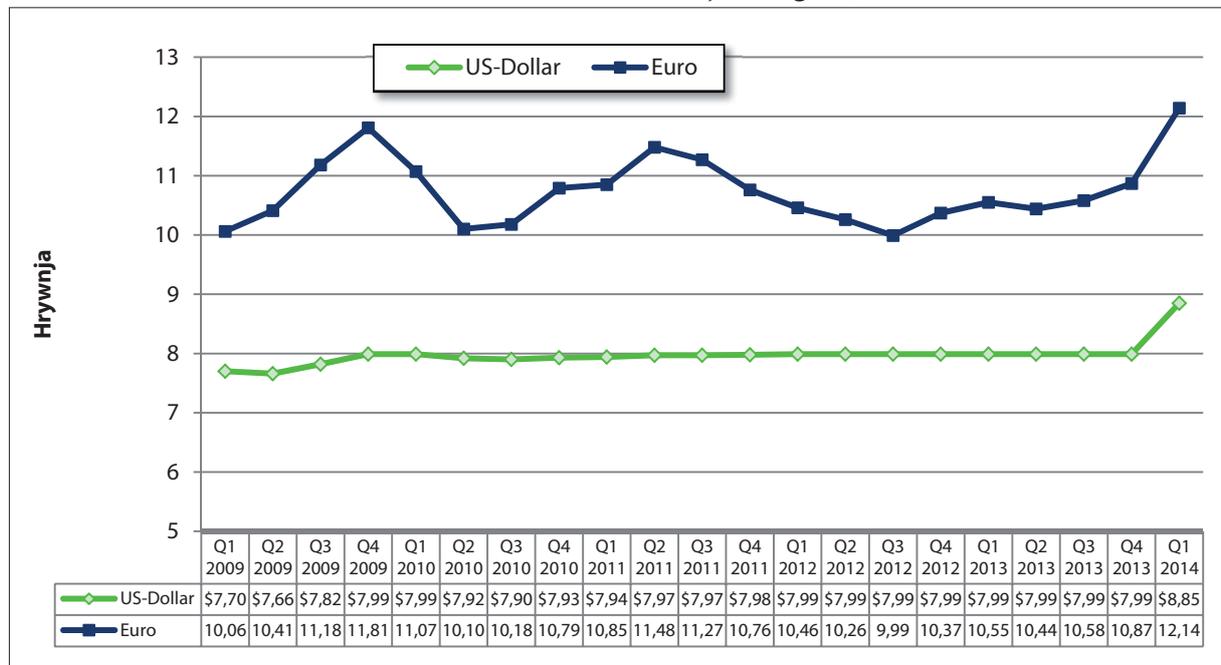
Grafik 5: Haushaltsdefizit als Anteil am BIP (Prognose für 2014)


Quelle: The Economist, <<http://www.economist.com>>, 31.05.2014.

Grafik 6: Ukrainische Devisenreserven in Mrd. US-Dollar 2009–2014


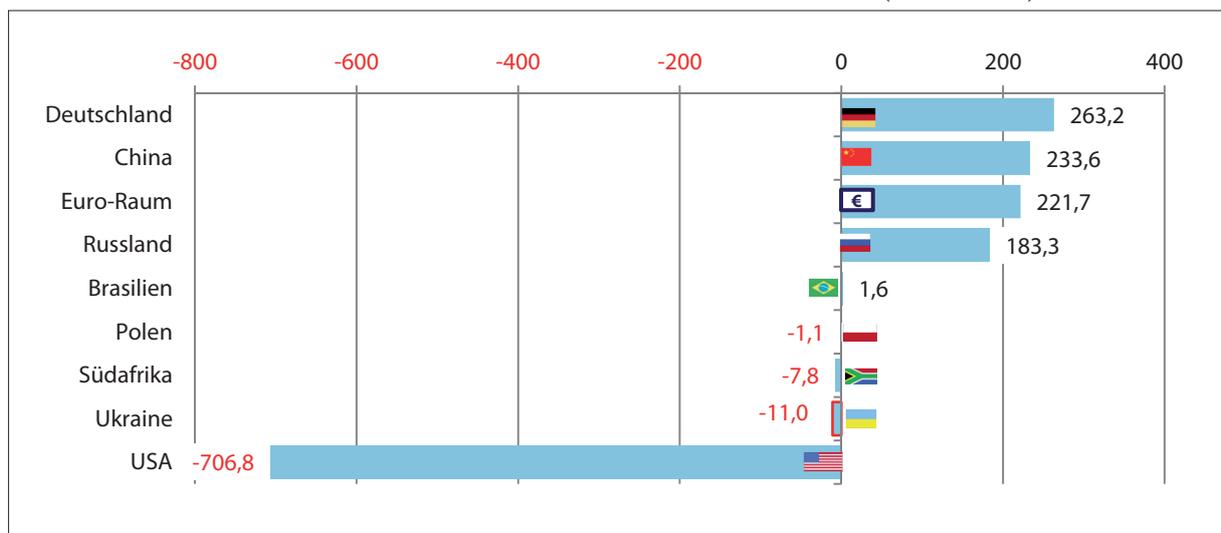
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 7: Wechselkurs der Hrywnja 2009–2014
(offizieller Kurs, Durchschnittswert für das jeweilige Quartal)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

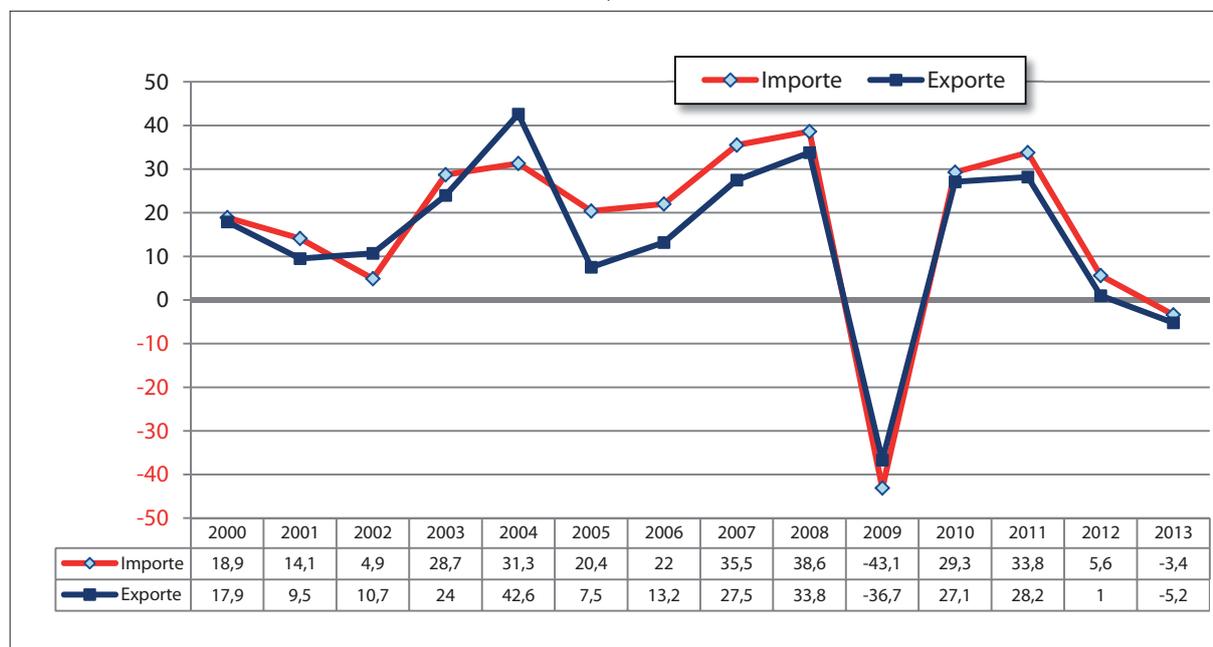
Grafik 8: Handelsbilanz der letzten 12 Monate in Mrd. US-Dollar (März 2014)



Anmerkung: Zahlen für März 2014

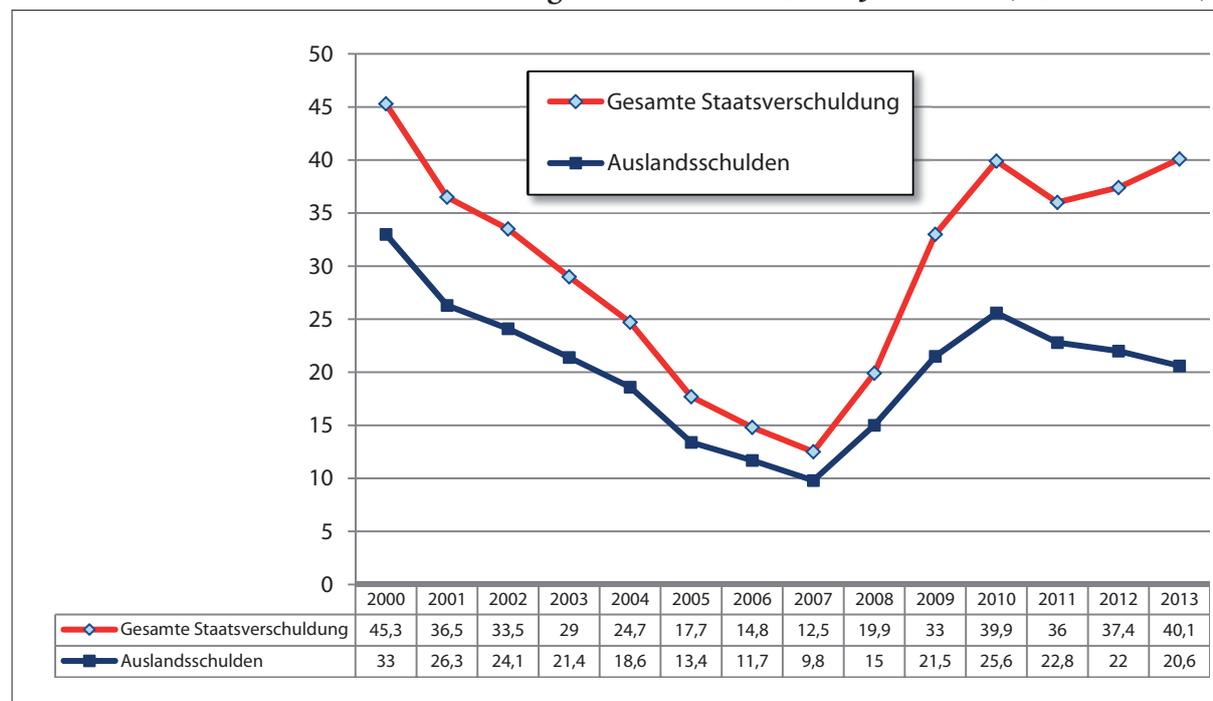
Quelle: The Economist, <<http://www.economist.com>>, 31.05.2014.

Grafik 9: Importe und Exporte im Vergleich zum Vorjahr (Veränderung in % bezogen auf den Wert in US-Dollar, 2000–2013)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 10: Ukrainische Staatsverschuldung als Anteil am BIP, zum Jahresende (% , 2000–2013)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

26. Mai – 8. Juni 2014

26.05.2014	Petro Poroschenko, der in der Auszählung der Stimmen der Präsidentschaftswahl mit weitem Abstand vorn liegt, spricht sich für vorgezogene Parlamentswahlen und Regionalwahlen im Donbass aus.
26.05.2014	Auf der Krim schließt die russische Zentralbank die Filialen von neun ukrainischen Banken.
26.05.2014	Bei einem Angriff separatistischer Kämpfer auf einen Straßenposten der ukrainischen Armee bei Slawjansk kommen zwei der Separatisten ums Leben.
26.05.2014	Der designierte neue Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, erklärt, dass er als Präsident seinen Unternehmensanteil verkaufen wolle. Der Fernsehsender »5. Kanal« solle allerdings in seinem Besitz bleiben.
26.05.2014	Am Flughafen in Donezk findet eine »Anti-Terror-Operation« statt. Der Flughafen war von separatistischen Kräften der vor einigen Wochen ausgerufenen »Volksrepublik Donezk« besetzt worden.
26.05.2014	Denis Puschilin, Anführer der so genannten »Volksrepublik Donezk«, erklärt, man sei zum Dialog mit Petro Poroschenko bereit, wenn Russland als Vermittler an den Gesprächen teilnehme.
26.05.2014	In Donezk rufen die Separatisten den Ausnahmezustand aus und verhängen an einigen Orten eine nächtliche Ausgangssperre.
26.05.2014	Die Beobachter der OSZE-Mission beurteilen die am Vortag abgehaltene Präsidentschaftswahl als demokratisch.
26.05.2014	Der russische Energieminister Aleksandr Nowak bietet der Ukraine eine Fortsetzung der Verhandlungen über den Gaspreis an, unter der Bedingung, dass die Ukraine zwei Milliarden US-Dollar ihrer Gasschuld im Laufe der Woche bezahlt.
26.05.2014	Oleksandr Lukyantschenko, Bürgermeister von Donezk, ruft die Bürger der Stadt wegen der anhaltenden Kampfhandlungen dazu auf, ihre Häuser nicht zu verlassen.
26.05.2014	Das Zentrale Wahlkomitee der Ukraine erklärt, dass ein zweiter Wahlgang nicht erforderlich sei. Nachdem etwa 85 % der Protokolle ausgezählt seien, liege Petro Poroschenko mit 54,04 % so weit vorn, dass er eine absolute Mehrheit erhalten werde.
26.05.2014	Bei Zusammenstößen von Armee und Separatisten am Bahnhof von Donezk kommt ein Mensch ums Leben, zwei werden verletzt.
26.05.2014	In einer gemeinsamen Erklärung beglückwünschen EU-Ratspräsident Herman van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso die Ukraine zur erfolgreich abgehaltenen Präsidentschaftswahl und drücken ihre Erwartung künftiger Zusammenarbeit mit dem neuen Präsidenten aus.
27.05.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, dass in jedem Ministerium Berater der EU angestellt würden, um die angestrebten Verwaltungsreformen umzusetzen.
27.05.2014	Laut einer parallelen Stimmauszählung der Wahlbeobachtergruppe OPORA liegt Witalij Klitschko mit 56 % der Stimmen in der Gunst der Kiewer Wähler mit großem Abstand vorn. Die zweitplatzierte Lesja Orobets kommt auf gut 8 % der Stimmen.
27.05.2014	Die OSZE verliert den Kontakt zu einer ihrer Missionen im Gebiet Donezk. Eine Entführung wird vermutet.
27.05.2014	Unbekannte Bewaffnete entführen in Schytomyr etwa 20 Angehörige des örtlichen »Rechten Sektors«.
27.05.2014	EU-Vertreter erklären, dass nach den vor wenigen Tagen verabschiedeten Gesetzen u. a. zum Schutz vor Diskriminierung die Ukraine nun in die zweite Etappe des Visaliberalisierungsprozesses eintreten könne.
27.05.2014	Meldungen zufolge sterben einige Zivilisten in Slawjansk, als Separatisten auf Wohngebäude feuern – nach Beobachterangaben mit dem Ziel, die ukrainischen Streitkräfte in Slawjansk zu diskreditieren.
28.05.2014	Aufgrund des anhaltenden Kampfes um den Flughafen in Donezk verlängert die ukrainische Flugaufsicht die Sperrung des Flughafens.
28.05.2014	EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso erklärt, die Staats- und Regierungschefs der EU hätten sich auf einen weiteren Kredit für die Ukraine in Höhe von 1,6 Milliarden Euro geeinigt. Im Namen der Staats- und Regierungschefs und der EU erkennt er außerdem den neu gewählten Präsidenten Petro Poroschenko an.
28.05.2014	Die Mitglieder der OSZE-Mission, zu denen am Vortag der Kontakt abgebrochen war, sind noch immer verschollen.
28.05.2014	Fünf separatistische Kämpfer kommen bei Zusammenstößen mit der ukrainischen Armee an einem Grenzübergang im Gebiet Luhansk ums Leben.

28.05.2014	Vertreter des Außenministeriums bestätigen, dass die vor zwei Tagen verschollenen OSZE-Beobachter von pro-russischen Milizen entführt worden seien.
28.05.2014	Aleksej Miller, Chef des russischen Energiekonzerns Gazprom beziffert die ukrainischen Gasschulden auf mittlerweile 5,2 Milliarden US-Dollar. Anfang der Woche hatte Miller der Ukraine ein Ultimatum bis zum Ende der Woche gestellt, innerhalb dessen das Land eine Teilschuld begleichen müsse, um eine weiteren Anhebung des Preises zu verhindern.
28.05.2014	Die Pressesprecherin des Maidan erklärt, dass die Aktivisten auch nach der erfolgreich abgehaltenen Präsidentschaftswahl ihre Posten auf dem Maidan der Unabhängigkeit nicht aufgeben wollen, da noch immer nicht alle Forderungen erfüllt seien. Dazu zählen u. a. die Überprüfung hoher Beamter auf korrupte Praktiken und die Bestrafung der Verantwortlichen für die Schüsse auf Demonstranten während der Proteste im Februar 2014.
28.05.2014	In Marinka im Gebiet Donezk verschwindet eine weitere Gruppe von OSZE-Beobachtern.
29.05.2014	Im Zuge der Anti-Terror-Operation im Donbass kommt eine Gruppe separatistischer Kämpfer ums Leben.
29.05.2014	Der selbsternannte separatistische Bürgermeister von Slawjansk, Wjatschlaw Ponomarew, erklärt, er habe die vier am 27.05.2014 entführten OSZE-Beobachter in seiner Gewalt.
29.05.2014	Die Partei »Demokratische Allianz« beklagt Fälschungen bei der Kiewer Wahl zum Stadtrat. Eine Parallelauszählung habe ein Ergebnis gehabt, mit dem sie ins Stadtparlament eingezogen wäre. Laut den offiziellen Ergebnissen scheiterte die Partei an der Drei-Prozent-Hürde.
29.05.2014	Nachdem in Luhansk Separatisten eine Stellung der Armee eingenommen haben, erliegt ein Soldat seinen Verletzungen.
29.05.2014	Ein Helikopter der ukrainischen Armee wird bei Slawjansk abgeschossen. Zwölf Soldaten sterben. In einem Gegenangriff wird eine Gruppe Separatisten getötet.
29.05.2014	Nach Auszählung von 100 % der Protokolle gibt die Zentrale Wahlkommission das offizielle Endergebnis der Präsidentschaftswahlen bekannt. Petro Poroschenko erhält eine absolute Mehrheit von 54,7 % der Stimmen, die zweitplatzierte Julia Tymoschenko kommt auf 12,8 %. Es wird keinen zweiten Wahlgang geben. Die Inauguration wird für den 07.06.2014 angesetzt.
29.05.2014	Die Weltbank überweist der Ukraine einen Hilfskredit über 750 Millionen US-Dollar.
29.05.2014	Der von den Separatisten ernannte »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Borodaj, erklärt, dass im Laufe der Kämpfe um den Donezker Flughafen 34 seiner Kämpfer ums Leben gekommen seien. Der Flughafen befinde sich unter Kontrolle der ukrainischen Armee.
30.05.2014	Der EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle schlägt vor, der Ukraine sowie Moldau und Georgien eine reale Beitrittsperspektive zu eröffnen.
30.05.2014	Separatisten in Luhansk erklären, vier OSZE-Beobachter nach Feststellung ihrer Identität freigelassen zu haben. Die OSZE bestätigt die Information nicht.
30.05.2014	Sowohl Übergangspräsident Oleksandr Turtschinow als auch der neu gewählte Präsident Petro Poroschenko sprechen sich für eine erneute Auszählung der Stimmen bei der Kiewer Stadtratswahl aus.
30.05.2014	200 Kinder werden in Bussen aus Slawjansk auf die Krim verfrachtet.
30.05.2014	Der US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, gibt bekannt, dass sich in den vergangenen drei Monaten die Militärhilfe der USA für die Ukraine verdoppelt habe und weiter steigen werde. Eine Delegation des Pentagon ist auf dem Weg nach Kiew, um die Unterstützung zu koordinieren.
31.05.2014	In Horliwka entwenden Separatisten der »Volksrepublik Donezk« 70 Kalaschnikow-Sturmgewehre aus einem Gefängnis.
31.05.2014	Für einen entführten Grenzschützer verlangen Separatisten in Luhansk eine Million Hrywnja Lösegeld.
31.05.2014	Auf der Krim wird innerhalb weniger Tage der zweite pro-ukrainische Aktivist entführt.
31.05.2014	Zu acht OSZE-Beobachtern fehlt nach wie vor jeder Kontakt. Zwei Vierergruppen, jeweils eine im Gebiet Donezk und im Gebiet Luhansk – befinden sich nach Angaben der OSZE in Haft der Separatisten.
31.05.2014	Im Gebiet Luhansk überfallen Separatisten zwei Armeestützpunkte und entwenden Waffen.
01.06.2014	Der Strompreis für Endverbraucher wird um durchschnittlich 30 % angehoben. Die Preissteigerung ist Teil der Reformen zur makroökonomischen Stabilisierung des Landes, die von den Kreditgebern EU und IWF eingefordert wurden.

01.06.2014	Die Krim wechselt zum russischen Rubel. Die Übergangszeit, in der sowohl mit der ukrainischen Hrywnja als auch mit dem Rubel bezahlt werden konnte, endet.
01.06.2014	In Slawjansk finden erneut Kämpfe zwischen pro-russischen Separatisten und Einheiten der ukrainischen Armee statt. Mindestens fünf Menschen werden verletzt.
02.06.2014	Der Vorsitzende des russischen Gaskonzerns Gazprom Aleksej Miller erklärt, dass die Einführung der Vorauszahlung vom 3. Juni auf den 9. Juni verschoben werde. Zuvor hatte die Ukraine einen Teil der Schulden beglichen. Unter der Voraussetzung, dass der Rest der Schulden ebenfalls bezahlt werde, stellt Miller einen Preisnachlass um etwa 100 US-Dollar auf 385 Dollar pro 1000 Kubikmeter in Aussicht.
02.06.2014	Oleh Tjahnybok, Vorsitzender der rechtsradikalen Partei Freiheit, schlägt vor, eine Untersuchungskommission für die umstrittene Wahl zum Kiewer Stadtrat einzurichten. Es waren Vorwürfe über Wahlfälschungen aufgekommen.
02.06.2014	Unbekannte Bewaffnete entführen die Chefredakteure zweier Zeitungen in Donezk.
02.06.2014	Die Zentrale Wahlkommission ernennt Petro Poroschenko zum gewählten Präsidenten der Ukraine. Nach dem offiziellen Endergebnis erhielt er 54,7 % der Stimmen.
02.06.2014	Bei einer Explosion im Gebäude der Luhansker Regionalverwaltung kommen mindestens acht Menschen ums Leben.
02.06.2014	Bei dem Versuch von Separatisten, einen Grenzposten in Luhansk zu stürmen, werden mindestens sieben Angehörige der ukrainischen Streitkräfte verletzt.
03.06.2014	Das Parlament legt die Amtseinführung des neuen Präsidenten der Ukraine Petro Poroschenko für den 07.06.2014 fest.
03.06.2014	Dem ehemaligen Abgeordneten der Partei der Regionen Oleh Zarjow wird die Immunität entzogen. Er kann nun strafrechtlich für den ihm vorgeworfenen Aufruf zum gewaltsamen Umsturz der politischen Ordnung verfolgt werden.
03.06.2014	Oleh Mahnizkij, der kommissarische Generalstaatsanwalt der Ukraine, erklärt auf einer Pressekonferenz, dass separatistische Kräfte im Donbass bisher insgesamt 181 Menschen getötet hätten, darunter 59 Soldaten der ukrainischen Armee.
03.06.2014	Bei einem nächtlichen Zusammenstoß separatistischer Kräfte und der ukrainischen Armee bei Slawjansk kommt mindestens ein Mensch ums Leben.
03.06.2014	Laut dem offiziellen Endergebnis der umstrittenen Wahlen zum Kiewer Stadtrat ziehen neun Parteien ins Parlament ein. Darunter ist auch die »Demokratische Allianz«, die wegen vermuteter Wahlfälschungen erfolgreich eine Neuauszählung der Stimmen gefordert hatte. Die Partei UDAR erhält mit etwa 60 % der Mandate eine absolute Mehrheit der Sitze im Stadtrat.
03.06.2014	Eine Gruppe von OSZE-Beobachtern untersucht die Explosion im Luhansker Gebäude der Regionalverwaltung am 02.06.2014 und kommt zu dem Schluss, dass diese durch aus der Luft abgefeuerte Raketen herbeigeführt worden sei. Das Gebäude ist von Separatisten besetzt.
03.06.2014	Die lokale Kiewer Wahlkommission gibt das offizielle Endergebnis der Kiewer Bürgermeisterwahlen bekannt. Witalij Klitschko erhält 56,7 % der Stimmen.
04.06.2014	Bei einem Treffen mit dem designierten Präsidenten Petro Poroschenko in Warschau erklärt US-Präsident Barack Obama, dass die USA der Ukraine fünf Millionen US-Dollar zur Anschaffung von Panzerwesten zur Verfügung stellen.
04.06.2014	Beim Sturm auf einen Grenzposten in Luhansk durch Separatisten wird einer der Kämpfer getötet.
04.06.2014	Übergangspräsident Oleksandr Turtschinow erklärt, man habe mit der Schließung der ukrainisch-russischen Grenze begonnen, um den Separatisten im Donbass die Versorgung mit Waffen und Personen aus Russland abzuschneiden.
05.06.2014	Das Parlament verabschiedet eine Änderung des Gesetzes über Maßnahmen zur Terrorbekämpfung, welches die Kompetenzen der Anti-Terror-Operationen in der Ostukraine erweitert. Zum Beispiel darf nun auch der Auslandsgeheimdienst an solchen Operationen teilnehmen.
05.06.2014	Der neu gewählte Kiewer Bürgermeister Witalij Klitschko eröffnet die erste Sitzung des ebenfalls neu gewählten Stadtrates von Kiew.
05.06.2014	Die Schweiz friert Vermögen des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch und von Personen aus seiner Umgebung in Höhe von insgesamt 137 Millionen Euro ein.

05.06.2014	Nach dreimonatiger Abwesenheit kehrt der russische Botschafter Michail Subarow nach Kiew zurück. Dort soll er auch an der Amtseinführung des designierten Präsidenten Petro Poroschenko teilnehmen.
05.06.2014	Fünf ukrainische Grenzer werden verletzt, als von der russischen Seite ein Auto die Grenze gewaltsam überquert und Unbekannte den Grenzposten angreifen.
06.06.2014	Bei einem Luftangriff der ukrainischen Armee auf zwei Stützpunkte der Separatisten in Luhansk werden mehrere Kämpfer getötet.
06.06.2014	Bei einer Zusammenkunft europäischer Staatschefs in der Normandie zum Gedenken an den D-Day treffen der designierte Präsident der Ukraine Petro Poroschenko und der russische Präsident Wladimir Putin aufeinander und besprechen Möglichkeiten zur Lösung der Krise in der Ostukraine. Poroschenko erklärt daraufhin, dass die beiden Politiker gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Francois Hollande vereinbart hätten, dass ein russischer Vertreter in die Ukraine entsandt werden sollte, mit dem die ersten Schritte zur Lösung der Krise abgestimmt würden.
06.06.2014	Bei Slawjansk wird ein Flugzeug mit Hilfsgütern abgeschossen. Ein Mitglied der Besatzung kommt ums Leben, zwei weitere werden verletzt. Der ukrainische Militärreporter Dmytro Tymtschuk behauptet, der Abschuss sei mit modernen russischen Waffen erfolgt.
07.06.2014	Präsident Petro Poroschenko verspricht einen Friedensplan für die Krise im Donbass und erklärt, dass russische Kämpfer, welche die Separatisten im Kampf unterstützen, unbehelligt nach Russland zurückkehren könnten, sofern sie ihre Waffen niederlegen.
07.06.2014	Slawjansk ist weiterhin umkämpft. In der Stadt sind mittlerweile sowohl die Wasserversorgung als auch der Strom ausgefallen.
07.06.2014	Der russische Botschafter in der Ukraine, Michail Subarow, erklärt, dass Russland in Petro Poroschenko einen zuverlässigen Partner für einen Dialog in der Krise im Osten des Landes sehe.
08.06.2014	Im Gaskonflikt zwischen der Ukraine und Russland werden die nächsten Gespräche zwischen der EU und den beiden Konfliktparteien für den 09. Juni 2014 angesetzt. Die russische Seite verlängert die Frist für die Rückzahlung der ukrainischen Schulden noch einmal um einen Tag.
08.06.2014	Laut UN-Angaben sind mittlerweile über 10.000 Menschen aus den ostukrainischen Regionen Donezk und Luhansk in andere Landesteile geflohen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteure für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina), Heiko Pleines

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Weitere Länder-Analysen zur Ukraine-Krise

Polen-Analysen 146

Der Ukraine-Konflikt als Herausforderung für Polen und Deutschland

<<http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen146.pdf>>

■ ANALYSE

Die ukrainische Krise, die polnische Außenpolitik und die polnisch-deutschen Beziehungen

Piotr Buras, Warschau

■ UMFRAGE

Meinungen der Polen und ihrer Nachbarn sowie der Deutschen zur Krise in der Ukraine

■ CHRONIK

20. Mai – 2. Juni 2014



Russland-Analysen 278

Die Ukraine und die »Russische Welt«

Wirtschaftssanktionen gegen Russland

<<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen278.pdf>>

■ ANALYSE

Die Ukraine aus Sicht der »Russkij Mir«

Wilfried Jilge, Leipzig/Moskau

■ UMFRAGE

Russlands Rolle in der Welt

Wie sehen Russen die Situation im Donezbecken (d. h., in der Ostukraine)?

Die russische Wahrnehmung der Ukraine-Krise

■ ANALYSE

Das Damoklesschwert weitreichender Wirtschaftssanktionen gegen Russland

Gunter Deuber, Wien

■ AUS RUSSISCHEN BLOGS

Ukrainische Wahlergebnisse in den Augen russischer Politiker und Experten

■ NOTIZEN AUS MOSKAU

Mehr als ein Jahr »Agenten«-Jagd – eine Art Zwischenbericht

Jens Siegert, Moskau/Berlin

■ CHRONIK

22. Mai – 5. Juni 2013



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>